

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

Bereits der historische Hintergrund des Baltikums bzw. der Ukraine zeigt in beiden Fällen eine besondere Beziehung zwischen den Einheimischen der jeweiligen Länder und den Nachbarn im Osten. Mit dem Stalin-Terror der Nachkriegszeit begann die systematische Erhebung der Russen zur sowjetischen Titularnation, welche durch die Hierarchie der ethnischen Gruppen im Kontext des sowjetischen „Nationsprojektes“ untermauert wurde. Die baltischen und die ukrainische Titularnationen als „korennaja nacija“ hatten zwar eine bessere Position als diejenigen Völker, die nicht als „eingewurzelt“ galten, jedoch mussten sie ihre kulturellen und sprachlichen Besonderheiten stets gegen die Russifizierung schützen. Dabei waren die Balten bei der Konservierung ihrer kulturellen und sprachlichen Traditionen erfolgreicher als die Ukrainer, obwohl der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum gegen Ende der Sowjetzeit deutlich höher war als in der Ukraine. Während die Balten der Sowjet-Russifizierung nicht zuletzt als der „Westen“ der Sowjetunion trotzten, kamen die Ukrainer aus ihrer Rolle als „kleiner Bruder“ der sowjet-russischen Titularnation nur schwer heraus. Die russischsprachige Bevölkerung hatte nach dem Zerfall der UdSSR wiederum mit ihrer mangelnden Verwurzelung zu kämpfen und musste sich von ihrer Vorstellung über die gesamte Sowjetunion als Heimat – mit ihnen als Titularnation – verabschieden.

Die Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung an den politischen Entscheidungen der Demokratisierungsphase weisen einige Gemeinsamkeiten aber auch deutliche Unterschiede zwischen Estland und der Ukraine auf. Das wichtigste gemeinsame Charakteristikum ist die Tatsache, dass die russischsprachige Bevölkerung aufgrund ihrer Rolle im sowjetischen Hierarchiesystem in der einen oder anderen Weise an den Verhandlungen in der Phase des Systemzusammenbruchs beteiligt war bzw. sein musste. Während im Baltikum der Kurs bereits Mitte der 1980er Jahre auf die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ausgerichtet wurde – was das Augenmerk der Entscheidungsträger auf die Zeit der ersten baltischen Republiken zwischen den Weltkriegen legte –, wurde in der Ukraine versucht, ein Gleichgewicht zwischen dem Mangel an Erfahrung als Einheitsstaat und dem historischen Erbe zwischen Russland und dem Westen zu finden. Die baltischen Volksfronten galten als Vorbild der ukrainischen politischen Oppositionsbewegung Ruch – nicht zuletzt im Hinblick auf den ethnisch-nationalen Leitgedanken des Staatsaufbaus. Die politische Opposition richtete ihre Tätigkeit in beiden Fällen gegen das Sowjetsystem mit seiner maroden Wirtschaft, dem steifen Regierungsapparat, und den veralteten Hierarchien mit der EKP (Kommunistische Partei Estlands) an der Spitze. Die oppositionelle Rhetorik richtete sich im Baltikum gegen

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Ende der 1980er Jahre immer stärker gegen das „Russische“, was hier bis heute als Synonym für die Sowjetzeit gilt. Damit war die staatliche Unabhängigkeit in Estland sowohl gegen Moskau als auch gegen alle Folgen der sowjetischen Okkupation gerichtet, wozu auch die russischsprachige Bevölkerung gezählt wurde. In der Ukraine konzentrierte sich die Opposition, entgegen dem baltischen Beispiel, bei dem die Volksfront eine beinahe flächendeckende Unterstützung genoss, mehr auf die westlichen Teile des Landes, aus denen sie bei den ersten halbfreien Wahlen auch ihre Wählerschaft schöpfte. Dass die KPU (Kommunistische Partei der Ukraine) einen großen Anteil ihrer Wählerschaft im russischsprachigen Osten und Süden des Landes hatte, kann als Beleg für die Machtstellung dieser Region während der Übergangsphase gelten. Im Baltikum ergänzte ein radikaler nationaler Flügel des oppositionellen Parteienspektrums das politische Feld – was die Volksfront bis zu den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 in ein moderates Licht rückte und auch einen Teil der russischsprachigen Bevölkerung dazu brachte, für sie zu stimmen.

Bereits im Vorfeld der ersten halbfreien Wahlen in Estland im Jahr 1990 hatte sich das ethnisch-nationale Verhältnis im Obersten Sowjet – dem höchsten Legislativorgan der Übergangszeit – mit etwa 70:30 zugunsten der estnischen Abgeordneten eingependelt. Nach den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990, als die Volksfront und die Opposition die überwiegende Mehrheit erzielten, machten ethnische Esten erneut über 70% der Abgeordneten aus. Ebenso hatte diesmal die Opposition mit der Volksfront die Mehrheit der Sitze gegenüber der EKP erhalten. Obwohl es nicht eindeutig ist, dass die EKP „ausschließlich“ von der russischsprachigen Bevölkerung Estlands gewählt wurde – schließlich hatte ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung die Volksfront gewählt, ebenso wie es in der estnischsprachigen Bevölkerung Anhänger der „alten“ Ordnung gab –, wurde die russischsprachige Bevölkerung bereits mit den ersten halbfreien Wahlen sowohl ethnisch-national als auch politisch überstimmt. Damit hat sich die ethnisch-nationale Stimmung in Estland erst kurz vor den Wahlen im Jahr 1990 endgültig angespannt, da wegweisende Entscheidungen zur staatlichen Souveränität und zur Staatssprache erst kurz zuvor von dem ethnisch „gemischten“ und von der EKP dominierten Obersten Sowjet getroffen wurden.

Während des Zusammenbruchs des autokratischen Regimes ereignete sich in Estland somit ein Paradigmenwechsel in Richtung einer ethnisch-nationalen Radikalisierung, was sich unter anderem in der Verabschiedung des Gesetzes zur Staatsbürgerschaft durch den halbfreien Obersten Sowjet der Republik Estland im Jahr 1992 äußerte. Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft versetzte die Mehrzahl der „Sowjetmigranten“ zunächst in einen staatenlosen Zustand und verwehrte ihnen die Möglichkeit, am Verfassungsreferendum und an den ersten freien Parlamentswahlen teilzunehmen. Die Erarbeitung der Verfassung fand zwar unter Beteiligung von russischsprachigen Abgeordneten statt, jedoch mit deutlicher Überrepräsentation der neuen Opposition. Während die Volksfront in den Anfängen des Systemübergangs noch eine moderate Position angesichts der Staatsbürgerschaft vertrat und sich somit zu einer Quasi-Repräsentantin der russischsprachigen Bevölkerung machte, wurde auch ihre Stimme mit voranschreitenden Verhandlungen radikalisiert. Dieser Paradigmenwechsel bedeutete für die russischsprachige Bevölkerung Estlands, dass sich ihre politische Position von einer intakten

9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

Vertretung in den gesetzgebenden Organen zu einer faktisch nicht vorhandenen Partizipation gewandelt hatte. Die fehlende rechtliche Grundlage zur Teilnahme an den ersten freien Parlamentswahlen besiegelte ihre Position als Minderheit. Durch die starke Stimme der national-radikalen Kräfte in der ersten Zusammensetzung des Parlaments und in den ersten Regierungskoalitionen wurden weitere gesetzliche Regelungen verabschiedet, wie das Ausländer- und das Sprachgesetz sowie ein neues, noch restriktiveres Gesetz zur Staatsbürgerschaft im Jahr 1995, welche die mangelhafte politische Repräsentation und die zunehmend segmentierte gesellschaftliche Position der russischsprachigen Bevölkerung weiter verstärkten. Allerdings, und das ist ein bedeutender Unterschied zu der lettischen Gesetzgebung, blieb den Nicht-Staatsbürgern in Estland das Recht auf Partizipation auf der kommunalen Ebene erhalten.

Die Situation in der Ukraine war dagegen im selben Zeitraum überwiegend von Kontinuität der ethnisch-nationalen Verhältnisse und der entsprechenden Rhetorik der Eliten geprägt. In der Ukraine gab es weder vor noch nach den ersten halbfreien Wahlen im Jahr 1990 eine Spaltung der politischen Eliten auf Grundlage der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit. Das ethnisch-nationale Verhältnis des ukrainischen Obersten Sowjets war daher weitaus diffuser als das vergleichbare Verhältnis in Estland. Allerdings konnte die Anhängerschaft der Bewegung Ruch mehr oder weniger eindeutig im westlichen – ukrainischsprachigen – Teil der Ukraine lokalisiert werden. Sie erhielt, anders als die Volksfront in Estland, im ersten halbfrei gewählten Parlament, der Werhowna Rada, jedoch nur 26% der Sitze. Unter den Mitgliedern der KPU zeichnete sich dabei traditionell eine Überrepräsentation der ethnischen Russen ab, so dass Repräsentanten aus dem russischsprachigen Osten die Führungsgremien und die repräsentativen Organe sowohl während der Übergangsjahre als auch darüber hinaus dominierten. Verstärkt wurde die Machtstellung der russischsprachigen Oblaste durch die Vertretung durch Ministerpräsidenten der 1990er Jahre, welche überwiegend aus dem Osten des Landes kamen. Schließlich gehörten Grundsätze, wonach die Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine zur Ukraine gehöre und nicht mit der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum zu vergleichen sei, auch zu der Rhetorik der ersten Präsidenten Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma.

Dieser grundsätzliche Unterschied spiegelte sich auch in den gesetzlichen Regelungen in den Verfassungen von Estland bzw. der Ukraine wieder: Während die Gesetze in der Ukraine auf Inklusion und möglichst wenig gesellschaftliche Konflikte ausgerichtet waren, erhielt in Estland sogar der Unterschied zwischen „gebürtigen“ und „eingebürgerten“ Staatsbürgern Einzug in die Verfassung. Dies findet sich wiederum bis heute in der unterschiedlichen gesetzlichen Stellung der „eingeborenen“ und „eingebürgerten“ Staatsbürger, beispielsweise bei doppelter Staatsbürgerschaft, wieder. Dagegen war die gesetzliche Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine durch inklusive Normen gekennzeichnet: Das Gesetz zur Staatsbürgerschaft aus dem Jahr 1991 garantierte jedem das Recht auf Staatsbürgerschaft, das Gesetz zur Sprache etablierte Ukrainisch zwar zur alleinigen Staatssprache, was für viele aus der russischsprachigen Ukraine zwar einer Diskriminierung gleichkam, jedoch sorgten gesetzliche Grundlagen auch dafür, dass der Status der russischen Sprache im Alltag und im offiziellen Umgang

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

faktisch nicht beeinträchtigt wurde. Die ukrainische Verfassung beinhaltete ebenfalls keinerlei Einschränkungen auf ethnisch-nationaler Basis.

An der Abstimmung zur Unabhängigkeit hat sich die russischsprachige Bevölkerung in beiden Ländern beteiligt. Umfragen zeigen, dass etwa die Hälfte der ukrainischen und etwa ein Drittel der estnischen russischsprachigen Bevölkerung die Unabhängigkeit unterstützt hat. In der Phase der Demokratisierung hatte die russischsprachige Bevölkerung in Estland keine „eigene“ Partei und wurde infolgedessen von den Parteien und Bündnissen der Esten kaum repräsentiert. Die Wucht der politischen Opposition, welche durch die Radikalisierung nationalistischer Kräfte befeuert wurde, ließ die russischsprachige Bevölkerung zunächst ohne politische Stimme zurück. Durch die voranschreitende Einbürgerung hat sich nach und nach eine Wählerschaft aus russischsprachigen Staatsbürgern herausgebildet. „Russischsprachige“ Parteien, welche sich im Laufe der 1990er Jahre formiert und mithilfe dieser Wählerschaft den Einzug ins Parlament geschafft hatten, konnten als repräsentative Kräfte sowohl auf der zentralstaatlichen als auch auf der kommunalen Ebene jedoch nur kurzen und geringen Erfolg verzeichnen. Unter anderem deswegen schwand das Vertrauen der russischsprachigen Bevölkerung in eine ethnisch-national begründete parteipolitische Repräsentation durch „russischsprachige“ Parteien. Entsprechend haben die meisten Russischsprachigen spätestens ab dem Anfang der 2000er-Jahre ihre Stimme an Parteien vergeben, welche regierungsfähig waren und nicht explizit „russischsprachig“. Dadurch entstand eine Hegemonialstellung der Zentrumspartei als Vertreterin der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Dabei war der Einfluss der russischsprachigen Wählerschaft relativ stark, wie Wahlergebnisse der Zentrumspartei sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene zeigen, obwohl die Regierungskoalitionen bislang beinahe immer die estnischsprachige Wählerschaft repräsentierten. Die Entwicklungen der letzten Jahre vor den Parlamentswahlen 2015 zeigen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland von der Zentrumspartei mehr und mehr abgerückt ist und ihre Stimmen nun auch auf andere – wohlgerneht „estnischsprachige“ – Parteien lenkt. Ihre politische Position auf zentralstaatlicher Ebene bleibt allerdings bis heute schwach.

Die estnischen Regierungskoalitionen haben sich während der ersten Konsolidierungsjahre nur spärlich mit der Problematik der großen Anzahl an Nicht-Staatsbürgern bzw. der massenhaften Annahme der Staatsbürgerschaft Russlands beschäftigt. Mit der Zeit hielt die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung jedoch immer mehr Einzug in die estnischen Regierungsprogramme. Dazu gehörte auch die Verabschiedung einer offiziellen Integrationsstrategie, die mithilfe entsprechender Integrationsprogramme ab dem Jahr 2000 verfolgt wurde. Allerdings wurden teilweise ehrgeizige Zielsetzungen der Koalitionen durch fragwürdige Entscheidungen, wie der Absetzung des Ministers für Bevölkerungsfragen, und die Verlegung des sowjetischen Kriegsdenkmals im Frühling 2007, was zu Krawallen in Tallinn führte, gestört. Obwohl die Ereignisse rund um den „Bronze-Soldaten“ im Jahr 2007 die bisher größte ethnisch-national begründete Krise in Estland markieren, hatten sie auch ein gewisses Umdenken – oder ansatzweise einen neuen Paradigmenwechsel – zur Folge, was zu einer größeren Sorgfalt im Umgang mit dem Thema der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung geführt hat.

9.1 Schlüsselereignisse der Transformation

In der Ukraine führte die starke politische Vertretung der russischsprachigen Bevölkerung während der Demokratisierungsphase zu einer ebenso starken Position während der ersten Jahre der Konsolidierungsphase. Auch nach dem Abtritt der alten und dem Aufkommen der neuen politischen Führungspersonlichkeiten konnte sich die russische bzw. die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine auf eine stabile politische Repräsentation im Präsidialamt und im Parlament verlassen. Die Unterstützung der KPU und der „unabhängigen“ Kandidaten seitens der russischsprachigen Oblaste verwandelte sich mit der Zeit in die Unterstützung der „Partei der Macht“ unter Leonid Kuchma, deren Stelle später die „Partei der Regionen“ einnahm. Durch den Machtverbleib unter/bei den alten Eliten, welche ihre Interessen „ordentlich“ vertraten, fehlte es der Bevölkerung der russischsprachigen Oblaste an Motivation, neue Parteien zu gründen oder politische Bewegungen anzustiften. Dabei war ihr rechtlicher Status weitaus bequemer als der vergleichbare Status der russischsprachigen Bevölkerung im Baltikum, da der inklusive Charakter der Gesetzgebung sogar explizit auf die Identifikation der russischsprachigen bzw. der ethnisch russischen Bevölkerung mit dem ukrainischen Staat ausgelegt war und jedem das Recht auf politische Partizipation auf allen Ebenen garantierte.

Sowohl die ukrainischen Präsidentschaftskandidaten als auch die Parteien – welche meistens von den Präsidentschaftskandidaten angeführt wurden – mussten früher oder später in ihrer politischen Rhetorik auf die regionalen Unterschiede der ukrainischen Wählerschaft eingehen. Dabei reichte es häufig, dass in der west- oder ostukrainischen Wählerschaft seitens der Parteien Ängste der Bevölkerung vor der Russifizierung, oder im Gegenteil, der Ukrainisierung, geschürt wurden. Letztlich wurde dadurch die regionale Spaltung der ukrainischen Wählerschaft für den politischen Wahlkampf instrumentalisiert. Zu den Themen, um die sich die politischen Inhalte der ukrainischen Politik drehten, gehörten vor allem Fragen rund um den Status der russischen Sprache, die Regionalisierung bzw. die Föderalisierung, die soziökonomischen Unterschiede zwischen den ukrainischen Regionen sowie die außenpolitische Stellung der Ukraine zwischen Russland und Europa bzw. dem Westen. Während die Präsidenten der 1990er Jahre, Leonid Krawchuk und Leonid Kuchma, Konflikte auf der ethnisch-nationalen Ebene mieden, haben sich die Präsidenten Wiktor Juschtschenko und Wiktor Janukowitsch mit ihrer Wählerschaft deutlich entlang der ethnisch-nationalen und geolinguistischen Grenzen des Landes orientiert. Wie das Beispiel von Julia Timoschenko zeigt, konnte der Versuch, auf alle Seiten und auf alle Themen einzugehen, scheitern und für den Verlust der Glaubwürdigkeit sorgen. Die Gesetzgebung zur Sprache entwickelte sich im Laufe der Zeit zum größten Zankapfel, welcher durch die Gesetzgebung des Jahres 2012 zu „regionalen Sprachen“ sogar zu einem Katalysator der Ukraine-Krise des Jahres 2014 wurde. Dieses „Primat der Sprache“ zog sich durch die gesamte Konsolidierungsphase der ukrainischen Transformation.

Die russischsprachigen Oblaste der Ukraine entwickelten ein erhebliches politisches Gewicht sowohl bei den Wahlen des Präsidenten als auch bei der Zusammensetzung des Parlamentes und folglich auch bei der Gestaltung der ukrainischen Politik. Anders als in Estland hatten die russischsprachigen Oblaste wiederholt für die Machtstellung „ihrer“ Kandidaten bzw. „ihrer“ Parteien gesorgt. Zusätzlich sorgten die Geldgeber der Parteien für den nötigen Rückhalt der „eigenen“ Partei in der „eigenen“ Region. Bis zur

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Krise 2014 war die politische Position der russischsprachigen Bevölkerung damit als stark einzustufen. Der „wirkungslose Pluralismus“ der politischen Eliten, die ihre Machtstellung mittels Konzentration auf die genannten Kernthemen ohne spürbare Maßnahmen sicherten, führte jedoch letztlich zu einer immer größer werdenden regionalen Spaltung der Ukraine. Diese sorgte wiederum für Krisenstimmung, welche in dem Aufkommen national-radikaler Parteien im Westen des Landes und letztlich in der Krise des Jahres 2014 ihren Ausdruck fand, wodurch die politische Position der russischsprachigen Bevölkerung geschwächt wurde. Es ist zu erwarten, dass die russischsprachige Bevölkerung ihre starke Position mittelfristig zurück erlangen möchte, was seitens der Kiewer Führung bei der Gestaltung der innen- und außenpolitischen Ausrichtung des Landes unbedingt berücksichtigt werden muss.

Aufgrund des staatlichen Charakters der Integrationsstrategie, welche durch eine Reihe entsprechender Programme dokumentiert ist, sind in Estland zahlreiche Studien und Erhebungen vorhanden, welche den allgemeinen Integrationsstatus der russischsprachigen Bevölkerung widerspiegeln. In der Ukraine war eine offizielle Integrationsstrategie überflüssig, weil die russischsprachige Bevölkerung sich weder vom gesetzlichen Status noch von der politischen, ökonomischen oder gesellschaftlichen Position her von der ukrainischsprachigen bzw. ethnisch ukrainischen Bevölkerung unterscheidet. Deswegen basieren vergleichbare Studien in der Ukraine auf Untersuchungen zum sozioökonomischen Vergleich zwischen den verschiedenen Regionen bzw. Oblasten. Im Allgemeinen lässt sich sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland im sozioökonomischen Vergleich zu der estnischen bzw. der estnischsprachigen Bevölkerung hinsichtlich der meisten Untersuchungsfaktoren benachteiligt ist. Beispielsweise verdienen Russischsprachige im Schnitt weniger und sind öfter von Arbeitslosigkeit oder Armut betroffen. Ebenso hängen ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt stark von der Bildung und vor allem der Bildungssprache ab, was mit der gesamtgesellschaftlichen Problematik der Sprache zusammenhängt. Einfach ausgedrückt gibt es für Russischsprachige ohne genügende Estnischkenntnisse faktisch keine Chance auf eine gleichberechtigte gesellschaftliche Existenz in Estland bzw. im Baltikum. Die Gründe hierfür liegen nicht nur in der sozioökonomischen Stellung, sondern auch in der subjektiven bzw. identifikativen Positionierung der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Ähnliches kann man pauschal für Lettland resümieren.

In der Ukraine hingegen ist die russischsprachige Bevölkerung sozioökonomisch nicht nur gleichberechtigt, sondern die russischsprachigen Oblaste zählen sogar zu den ökonomisch stärksten Gegenden der Ukraine. Die wirtschaftliche Stärke des industrialisierten Ostens kann sogar als Grund dafür dienen, weshalb sich die hiesige russischsprachige Bevölkerung gegenüber den ukrainischsprachigen und ökonomisch schwächeren Oblasten überlegen fühlt, bzw. vor der Krise des Jahres 2014 gefühlt hat. Die Resistenz gegenüber der Ukrainisierung seitens der „russischsprachigen“ Ukraine hängt auch damit zusammen, dass Russisch im Alltag und im Arbeitsleben nicht nur im Südosten an der Tagesordnung ist. Abgesehen davon, dass die überwiegende Mehrheit der ukrainischen Bürger sowohl Russisch als auch Ukrainisch beherrscht, konnten die wirtschaftlich starken Oblaste des Südostens immer davon ausgehen, dass sie Russisch als Alltags- und Arbeitssprache auch deswegen beibehalten können, weil es der Rest des

9.2 Begrifflichkeiten – Wandel der russischsprachigen Bevölkerung

Landes sich nicht leisten konnte, auf die Industrie des Ostens zu verzichten. Dies unterscheidet diese Region von der überwiegend russischsprachigen Region Ida-Virumaa, die für das Überleben der estnischen Wirtschaft nicht von entscheidender Bedeutung ist. Die jahrzehntelange Finanzierung der Politik durch das ostukrainische Kapital hat die Stellung der russischsprachigen Oblaste zusätzlich verstärkt.

9.2 Begrifflichkeiten – Wandel der russischsprachigen Bevölkerung

Während der Sowjetzeit konnte die ethnisch russische Bevölkerung als titulare Bevölkerung der Sowjetunion gelten, obwohl sie in den Unionsrepubliken in der Minderheit war und diese auch immer eine „eigentliche“ Titularnation („korennaja nacija“) hatten. Die Tatsache, dass die Russen formal keinen solchen Status hatten, hob sie von den anderen Sowjetnationen ab und machte sie zur „korennaja nacija“ der Sowjetunion – ganz im Sinne des politischen Aufbaus, wonach die Union aus Moskau regiert wurde. Die sowjetischen Russen waren den restlichen Nationen zahlenmäßig überlegen und politisch dominant – was durch die Betonung der national-ethnischen Herkunft bei der sowjetischen Staatsbürgerschaft und von Russisch als *lingua franca* die Stellung als Titularnation besiegelte.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion hing der Status der russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung von einer Reihe von Faktoren ab. Da sich die russischsprachige Gruppe im Baltikum in erster Linie über die gesprochene Sprache deutlich von den neuen Titularnationen abhob, konnte sie relativ einfach identifiziert werden und wurde im Kontext der neuen unabhängigen Nationalstaaten gesellschaftlich und politisch abgegrenzt. In der Ukraine war die Abgrenzung auf Grundlage der Sprache schwieriger, da auch viele Ukrainer Russisch als Muttersprache gesprochen haben. Eine politische und soziale Abgrenzung nach baltischem Vorbild war hier auch deshalb schwer bis unmöglich, weil die russischsprachigen Oblaste der Ukraine politisch und wirtschaftlich stets stark repräsentiert waren. Durch Mangel an politischer Organisation konnte sich die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum im Vergleich dazu nur schwer gegen den Wandel zu einer Minderheit wehren. Die russische Sprache stellt im Baltikum den gemeinsamen Nenner dieser Gruppe dar, obwohl die ethnisch-nationale Herkunft als Russe, Ukrainer, Weißrusse etc. zusätzlich eine Rolle spielt. Als „russischsprachige Bevölkerung“ stellt sie seit dem Zerfall der Sowjetunion im Baltikum eine Minderheit ohne Sonderrechte in Hinblick auf die Sprache oder politische Repräsentation dar. In der Ukraine kann die russischsprachige Bevölkerung, bestehend aus ethnischen Russen und Ukrainern, nicht mit Sicherheit als „Minderheit“ gelten. Lediglich die zahlenmäßige Unterlegenheit der ethnischen Russen gegenüber den ethnischen Ukrainern im Land kann als Grundlage für die Bezeichnung als „Minderheit“ reichen. Ebenso hatten russischsprachige Oblaste seit dem Jahr 2012 Sonderrechte in Bezug auf die Sprache. Offiziell möchte sich jedoch weder die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum noch die russische Bevölkerung in der Ukraine als „Minderheit“ anerkennen lassen, da dies für sie

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

eine Abwertung gegenüber dem Status als vollwertige Gesellschaftsmitglieder bedeuten würde.

Die Frage nach der territorialen Zugehörigkeit der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum ist eng mit der Frage nach dem Status als autochthone bzw. allochthone Gruppe verbunden. Obwohl die Tatsache der Migration im Zuge der Sowjetokkupation im Baltikum im Grunde keine Zweifel an dem Status als „Zugezogene“ hinterlassen sollte, wird diese Bezeichnung seitens der russischsprachigen Bevölkerung angezweifelt und mit dem Argument einer Migration innerhalb eines Staates abgelehnt. In der Ukraine kommt zu dieser Argumentation noch die Wahrnehmung der historischen Einheit hinzu, welche die Ukraine und Russland zu einer Art kulturell-historischen Gesamtheit – nach Perzeption eines Teils der Bevölkerung – werden lässt. Die Schwierigkeit besteht hier erneut in der verschwommenen Abgrenzung zwischen Ukrainern und Russen, welche die Wahrnehmung der kulturell-historischen Verbundenheit dieser zwei Nationen je nach Gegend, Abstammung und Umfeld teilen. Da die Frage der Migration in Bezug auf die russischsprachige Bevölkerung im Baltikum und in der Ukraine strittig bleibt, kann auch keine gängige Integrationsstrategie gefunden werden, welche sich an die Besonderheiten dieser Situation anpassen könnte. Schließlich können Personen, die sich nicht für Immigranten halten, auch schwer davon überzeugt werden, sich in eine Gesellschaft integrieren zu müssen.

Unter anderem haben internationale Organisationen, wie die OSZE bzw. die EU, zu dem Prozess der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland (und Lettland) beigetragen. In der Ukraine, wo die russischsprachige Bevölkerung ihren gesellschaftlichen und politischen Status behalten konnte, war eine solche Strategie nicht notwendig bzw. wurde nicht als notwendig erachtet. Insofern kann man am Beispiel Estlands von einer teilweise staatlich gelenkten gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung sprechen, während in der Ukraine eine solche praktisch nicht existiert, obwohl die Prozesse der gesellschaftlichen Koexistenz natürlich dennoch stattfinden.

9.3 Größe der russischsprachigen Bevölkerung

Was die Größe der Minderheit angeht, hatten es die baltischen Staaten Ende der 1980er Jahre mit einem relativ großen Anteil russischsprachiger Bevölkerung zu tun. In Estland belief sich diese im Jahr 1989 auf etwa 35% der Bevölkerung und in Lettland auf etwa 42% der Bevölkerung. Litauen hatte im Jahr 1989 mit etwa 10% den geringsten Anteil russischsprachiger Bevölkerung an der Gesamtbevölkerung. In der Ukraine belief sich der Gesamtanteil der ethnischen Russen an der Gesamtbevölkerung im Jahr 1989 auf etwa 22%, wozu allerdings noch eine große Anzahl ethnischer Ukrainer kam, die sich als „russischsprachig“ bezeichnet haben. Während die ethnisch-nationalen Verhältnisse in den baltischen Staaten Estland und Lettland (abgesehen von Litauen) somit ungünstiger zu sein schienen als die in der Ukraine, konnte im Jahr 1989 die absolute Zahl der ukrainischen Russen mit über 11 Millionen Personen gegenüber einer halben Million in Est-

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

land und etwa einer Million in Lettland als eine beachtliche Gruppe gelten. Hinzu kamen die russischsprachigen Ukrainer, welche in der südöstlichen Region zusätzlich zu den ethnischen Russen die Mehrheit der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung ausmachten. Während die russischsprachige Bevölkerung in Estland und Lettland, was ihren Anteil an der Gesamtbevölkerung angeht, mit der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine vergleichbar ist, konnte sie dennoch „absolut“ betrachtet als überschaubar gelten, was man über die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine nicht sagen kann. Dies könnte einer der Gründe sein, weshalb es im Baltikum gelungen ist, die russischsprachige Bevölkerung während der Demokratisierungsphase aus dem politischen Prozess zu verdrängen. In der Ukraine dagegen konnten ethnische Russen mit ihrer millionenstarken absoluten Zahl nicht ohne Weiteres ignoriert bzw. verdrängt werden.

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

9.4.1 Messung der gesellschaftlichen Integration mithilfe der Indikatoren

Die Messung der einzelnen Indikatoren erfolgt nach dem vorgestellten Schema der Formen der gesellschaftlichen Integration. Dabei wird jeder Indikator je nach dem Grad der Integration bewertet. Obwohl die Mehrfachintegration als die erwünschte Form der gesellschaftlichen Integration betrachtet wird, kann in einigen Fällen auch die Assimilation als Wunschform gelten, beispielsweise, wenn es um den gesetzlichen Status geht, es also faktisch nur einen Integrationsraum gibt – den der Mehrheitsgesellschaft. Schließlich stellt die Minderheitsgesellschaft in der Regel keine eigene Verfassung bzw. keine eigenen Grundrechte auf. Entsprechend werden die Formen der Segmentierung oder Marginalisierung als Formen einer ungenügenden gesellschaftlichen Integration betrachtet, wobei die Marginalisierung als die schlechteste Form der gesellschaftlichen Integration anzusehen ist.

Als Erstes wird die politische Dimension vorgestellt, da sich die Indikatoren direkt aus dem Prozess der Transformation ergeben. Danach werden die Dimensionen kulturell, strukturell, sozial und identifikativ auf den Identifikationsgrad der russischsprachigen Bevölkerung hin untersucht. Anschließend werden die aufgestellten Hypothesen überprüft.

9.4.2 Politische Dimension

9.4.2.1 Zugang zu Grundrechten

Der Zugang zu Grundrechten in Estland ist für alle Bewohner durch die estnische Verfassung garantiert. Diese Tatsache wird auch wiederholt von estnischen Wissenschaft-

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

lern betont, wenn es um die Rechte der russischsprachigen Bevölkerung geht, wobei der Fakt, dass Nicht-Staatsbürgern das aktive und das passive Wahlrecht auf zentralstaatlicher und das passive Wahlrecht auf kommunaler Ebene verwehrt bleibt, häufig mit dem Zusatz „lediglich“ versehen wird.²⁴³⁵ Schließlich, so die Argumentation der Gesetzgeber, seien ihnen alle anderen Grundrechte zugänglich. In der Tat sind auch Staatenlosen alle Grund- und Bürgerrechte durch die estnische Verfassung garantiert. Allerdings stellt die Einschränkung der Wahlberechtigung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft einen bedeutenden Einschnitt in die repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung dar. Selbst der Wortlaut der Verfassung unterscheidet zwischen „gebürtigen“ Esten und eingebürgerten Staatsbürgern, was wiederum zu einer ungleichen Behandlung im Falle des Entzugs der Staatsbürgerschaft führen kann. Zusätzlich sind die Bestimmungen des Gesetzes zu den Ausländern aus dem Jahr 1993 als teilweise diskriminierend gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung einzuordnen, obwohl sie später geändert wurden. Insofern kann man im Falle Estlands von einer Assimilierung der russischsprachigen Bevölkerung auf Grundlage der Grundrechte sprechen. Allerdings sind Nicht-Staatsbürger der Wahlberechtigung auf zentralstaatlicher Ebene beraubt und können daher auch nicht als vollständig gleichberechtigt mit Staatsbürgern gelten. Insofern sind Staatenlose in dem Fall marginalisiert. Auf kommunaler Ebene sind aufgrund der aktiven Wahlberechtigung auch Nicht-Staatsbürger assimiliert.

Zwar ist die Verfassung der Ukraine unter Zeitdruck und auch erst spät verabschiedet worden, sie beinhaltet allerdings die Garantie aller Grundrechte und -freiheiten, inklusive der Gleichheit aller Staatsbürger, ohne Unterscheidungen auf Grundlage von Herkunft, Rasse, Konfession o.ä. Mit der Verfassung wurde Ukrainisch als Staatssprache definiert, wodurch die Nutzung anderer Sprachen (darunter Russisch) jedoch nicht beeinträchtigt wurde. Zusammen mit den Gesetzen zur Staatsbürgerschaft und Sprache wurde in der Ukraine ein inklusives Modell der Bürgerschaft begründet, welches für Loyalität und Akzeptanz des unabhängigen ukrainischen Staates sorgen sollte. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine auf der Grundlage ihrer gesetzlichen Stellung als assimiliert gelten.

9.4.2.2 Zugang zur politischen Partizipation und/oder Wahlen

In Estland ist der Zugang zu Wahlen für die russischsprachige Bevölkerung von der Staatsbürgerschaft abhängig: Nicht-Staatsbürger haben demnach keinen Zugang zu Wahlen auf zentralstaatlicher Ebene, allerdings können sie an Kommunalwahlen teilnehmen. Diese Möglichkeit ist in Lettland beispielsweise nicht gegeben. Obwohl der Misserfolg der explizit „russischsprachigen“ Parteien in Estland als Zeichen für eine repräsentative Marginalisierung gelten kann, ist die Tatsache, dass es überhaupt „russischsprachige“ Parteien, wie VEE bzw. EÜRП Mitte der 1990er Jahre gegeben hat, als ein positiver Effekt hinsichtlich der Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung in Estland zu werten. Dass die russischsprachige Bevölkerung Estlands stattdessen

²⁴³⁵ Vgl. zum Beispiel: Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. Acta Politica 3. 132-154, S. 136.

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

mehrheitlich die Zentrumsparterie bevorzugt hat, zeigt, dass nicht die ethnisch-nationale Konnotation sondern die Kooperationsfähigkeit mit „estnischen“ Parteien für die russischsprachige Wählerschaft von Bedeutung ist. Auch entsprechende Umfragen zeigten, dass die Regierungsfähigkeit der gewählten Partei an erster Stelle steht. Dies könnte als eine Bewegung in Richtung Mehrfachintegration gewertet werden. Der Zugang zu Wahlen ist klar zwischen Staatsbürgern, welche demnach als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) gelten können und Nicht-Staatsbürgern, welche auf der Kommunalebene als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) und auf der zentralstaatlichen Ebene als marginalisiert gelten können, geteilt. Bei den Parlamentswahlen im Jahr 1992 war die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung marginalisiert.

In der Ukraine gibt es keine Unterscheidung auf Grundlage der Staatsbürgerschaft, was bedeutet, dass der Zugang zu Wahlen auf allen Ebenen allen Bürgern zugänglich ist. Wie bereits im Zusammenhang mit der Repräsentation beschrieben, genossen die russischsprachigen Oblaste bzw. die russischsprachige Bevölkerung durchgehend eine starke politische Repräsentation sowohl durch Präsidentschaftskandidaten als auch durch politische Parteien. Insofern kann die ukrainische russischsprachige bzw. russische Bevölkerung als assimiliert (rechtlich) bzw. als mehrfachintegriert (repräsentativ) gelten.

9.4.2.3 Zugang zu politischen Ämtern

In Estland ist der Zugang zu politischen Ämtern für Nicht-Staatsbürger gesperrt. Dies gilt sowohl für die kommunale als auch für die zentralstaatliche Ebene. Staatsbürgern steht der Zugang zu politischen Ämtern offen. Obwohl gesetzlich geregelt ist, dass Kandidaten für öffentliche Ämter ein Mindestniveau an Estnisch nachweisen müssen, können Minderheitensprachen im täglichen behördlichen und öffentlichen Umgang verwendet werden. Insofern können russischsprachige estnische Staatsbürger als rechtlich assimiliert gelten, wenn es um den Zugang zu öffentlichen Ämtern geht. Der repräsentative Zugang auf zentralstaatlicher Ebene kann nach wie vor als marginalisiert bzw. als „teilweise“ segmentiert gelten. Nicht-Staatsbürger und Bürger anderer Staaten sind hinsichtlich dieses Indikators marginalisiert.

In der Ukraine bestehen keine Einschränkungen beim Zugang zu politischen Ämtern, was wiederum erneut mit der inklusiven Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft zusammenhängt. Russisch ist in öffentlichen Einrichtungen und Ämtern per Gesetz zugelassen, auch wenn die offizielle Dokumentation auf Ukrainisch zu erfassen ist. Spätestens seit der Verabschiedung des Gesetzes zu den „regionalen Sprachen“ durfte Russisch in den entsprechenden Oblasten als Amtssprache verwendet werden. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine hinsichtlich des Zuganges zu öffentlichen Ämtern als assimiliert bzw. als sprachlich mehrfachintegriert gelten.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

9.4.2.4 Ergebnis: Politische Dimension in Estland und der Ukraine

Die russischsprachige Bevölkerung in Estland kann in der politischen Dimension hinsichtlich aller Indikatoren nur zum Teil als assimiliert bzw. mehrfachintegriert gelten. Vollkommen assimiliert bzw. mehrfachintegriert sind lediglich estnische Staatsbürger. Nicht-Staatsbürger bzw. Bürger anderer Staaten sind assimiliert, wenn es um die Grundrechte geht, allerdings marginalisiert sowohl beim Zugang zu Wahlen als auch beim Zugang zu politischen Ämtern. Die Entwicklung der Position der russischsprachigen Bevölkerung im Zuge der Transformation hat sich von einer vollständigen Assimilierung während der Sowjetzeit bis hin zur Marginalisierung in der Phase der Demokratisierung und in den ersten Jahren der Konsolidierung entwickelt. Danach fand die beschriebene Zweiteilung zwischen Staatsbürgern und Nicht-Staatsbürgern bzw. den Bürgern anderer Staaten statt.

In der Ukraine ist die russischsprachige bzw. ethnisch russische Bevölkerung in der politischen Dimension assimiliert bzw. teilweise repräsentativ bzw. sprachlich mehrfachintegriert. Die Entwicklung durch alle Transformationsphasen weist dieselbe integrative Position auf.

9.4.3 Kulturelle Dimension

9.4.3.1 Sprache

Bereits die sprachliche Herkunft der Esten unterscheidet sie deutlich von der russischsprachigen Bevölkerung. Als Ergebnis der Sowjetzeit konnten sich in den 1990er Jahren noch die meisten Esten auf Russisch unterhalten. Umgekehrt galt dies für die russischsprachige Bevölkerung Estlands. Diese Segmentierung auf sprachlicher Basis zieht sich bis heute durch die gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in Estland. Im offiziellen Sprachgebrauch in Estland ist Russisch marginalisiert, weil die Kommunikation in diesem Bereich stets nur auf Estnisch erfolgt. Grundsätzlich hat sich die russischsprachige Bevölkerung im Laufe der Zeit immer besser an das estnischsprachige Umfeld angepasst, wodurch zum Teil der Zustand eines „asymmetrischen Bilingualismus“ entstanden ist, obwohl teilweise noch bis heute eine abweisende Haltung der Esten selbst gegenüber denjenigen Russischsprachigen besteht, die Estnisch sprechen. Diese Problematik wird dadurch verstärkt, dass man die meisten Russisch-Muttersprachler anhand eines Akzentes erkennt, was wiederum zu einer pessimistischen Selbstwahrnehmung der russischsprachigen Bevölkerung gegenüber ihren Estnisch-Kenntnissen führt. So trauen sich Russischsprachler in einigen Situationen nicht, Estnisch zu sprechen oder auf Estnisch zu schreiben, weil sie Kritik oder Abweisung befürchten. Positiv auf die sprachliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung wirken sich hingegen eine ethnisch-national gemischte Wohngegend, die estnische Staatsbürgerschaft und ein gemischtes bzw. ein estnischsprachiges Arbeitskollektiv aus, wobei Letzteres durch die erwähnte teilweise abweisende Haltung der Esten erschwert sein kann.

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

Was die Nutzung der Medien angeht, konsumiert die überwiegende Mehrheit der russischsprachigen Bevölkerung russischsprachige Fernsehkanäle, deren Inhalte überwiegend in Russland produziert werden. Der Nutzung estnischsprachiger Sender steht meistens die fehlende Sprachkenntnis im Weg und nicht das grundsätzliche Desinteresse gegenüber estnischen Themen, wie der russischsprachigen Bevölkerung häufig vorgeworfen wird. Tatsächlich zeigt ein hoher Konsum an Radiosendungen, welche auf Russisch ausgestrahlt aber in Estland produziert werden, dass sich die russischsprachige Bevölkerung für lokale Themen interessiert, jedoch ein Angebot auf Russisch benötigt. Grundsätzlich kann man sagen, dass die russischsprachige Bevölkerung in Estland auf sprachlicher Basis segmentiert ist, obwohl eine deutliche Bewegung in Richtung der sprachlichen Mehrfachintegration zu vernehmen ist. Teilweise wird der Zugang zur estnischsprachigen Gesellschaft durch die abweisende Haltung der Esten blockiert.

Die sprachliche Situation in der Ukraine wird durch zwei Gegebenheiten verkompliziert: Erstens verwendet ein Teil der ethnisch ukrainischen Bevölkerung Russisch als erste Kommunikationssprache, so dass keine klare Unterscheidung zwischen der Muttersprache, der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit und der „Gewohnheitssprache“ möglich ist. Zweitens wird sowohl Russisch als auch Ukrainisch von der überwiegenden Mehrheit der Bürger beherrscht, die Nutzung hängt also weniger mit der Kenntnis, sondern mehr mit der alltäglichen Notwendigkeit, der Wohngegend und der identifikativen Überzeugung zusammen. Die Sprache stellt den bedeutendsten Faktor der regionalen Teilung der Ukraine dar – neben der West- und der Ostukraine kann auch die Unterscheidung zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Ukraine getätigt werden. Obwohl die Nutzung der jeweiligen Sprache in manchen Gegenden für eine abweisende Haltung sorgt, gibt es weitaus weniger offene Ablehnung gegenüber Russischsprachigen, als es in Estland der Fall ist. Insofern kann man von einer weitgehenden sprachlichen Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung sprechen. Im Falle der russischsprachigen Ukrainer kann man von einer „umgekehrten“ sprachlichen Assimilierung in die Minderheitenkultur – in diesem Fall die russischsprachige – sprechen, wodurch ein asymmetrischer Bilingualismus entstanden ist. Dieser bezieht sich hauptsächlich auf Ukrainer, die beide Sprachen – Russisch und Ukrainisch – sprechen, sich im Alltag jedoch auf Russisch unterhalten, da die überwiegende Mehrheit des Umfeldes russischsprachig ist. So entfällt für Russisch-Muttersprachler die Notwendigkeit, Ukrainisch zu verwenden, was die Asymmetrie begründet.

9.4.3.2 Kenntnis der Kultur/Ähnlichkeit

Was die kulturelle Ähnlichkeit angeht, sind die Russen in Estland in ihrer Wahrnehmung zum Teil näher an den Esten als an den in Russland lebenden Landsleuten anzusiedeln, obwohl kulturelle Unterschiede zwischen Russen und Balten auch von der russischsprachigen Bevölkerung in Estland nicht geleugnet werden. Durch das jahrzehntelange Zusammenleben versuchen sich viele auf die Werte der Aufnahmegesellschaft zu besinnen und betonen die gemeinsamen Wurzeln, den christlichen Glauben und die gemeinsame Geschichte als Grundlage für die geteilte kulturelle Basis. Demge-

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

genüber steht allerdings die Wahrnehmung der estnischen Titulnation, wonach Russen oftmals als kulturell grundsätzlich „anders“ betrachtet werden, was sie aus dem baltischen Kulturraum ausgrenzt. Das Bekenntnis zu den europäischen Werten der Esten bildet hierbei einen wichtigen Baustein. Dagegen betonen viele Russischsprachige in Estland (oder auch Lettland), dass sie kulturell sowohl zum russischsprachigen als auch zum estnischsprachigen (bzw. lettischsprachigen) Raum gehören, was sie somit als mehrfachintegriert auszeichnet, obwohl nach wie vor eine Segmentierung des russischsprachigen kulturellen Raumes im Baltikum besteht. Doch selbst in den nordöstlichen Städten Estlands grenzen sich die meisten Russischsprachigen von Russland ab und betonen die kulturelle Zugehörigkeit zur „eigenen“ baltisch-russischen Kultur. Auch hierbei kann somit eine Bewegung in Richtung Mehrfachintegration beobachtet werden. Allerdings besteht auch hier eine Tendenz in Richtung Segmentierung seitens der estnischen Titulnation.

In der Ukraine sind die kulturellen Ähnlichkeiten zwischen den Russen und den Ukrainern weitaus offensichtlicher, als dies in Estland zwischen Esten und der russischsprachigen Bevölkerung der Fall ist. Dennoch werden seitens der Ukrainer, vor allem in den westukrainischen Oblasten, häufig Faktoren angebracht, welche den kulturellen Unterschied zwischen ihnen und den Russen untermauern sollen. Dazu gehören vor allem die historische Zugehörigkeit der westukrainischen Gebiete zu Europa sowie die grundsätzlich „andere“ Einstellung der Ukrainer gegenüber der Demokratie und dem Staatsaufbau. Seitens der Ukrainer der russischsprachigen Gebiete bzw. seitens der ukrainischen Russen hört man dabei weitaus seltener die Bezeichnung „anders“, wenn es um die Ukrainer im Allgemeinen geht. Vielmehr werden die Ukrainer seitens der Russen allgemein als „Brudervolk“ wahrgenommen, mit dem die russische Bevölkerung die meisten kulturellen Attribute zu teilen glaubt. Angesichts dieser Wahrnehmung kann die russischsprachige bzw. die russische Bevölkerung in der Ukraine hinsichtlich der kulturellen Ähnlichkeit als mehrfachintegriert gelten, wobei russischsprachige Ukrainer auch hier teilweise eine „umgekehrte“ Assimilierung in die russische bzw. in die „russischsprachige Kultur der Ukraine“ aufweisen.

9.4.3.3 Ergebnis: Kulturelle Dimension in Estland und der Ukraine

Auf der sprachlichen Basis kann die russischsprachige Bevölkerung in Estland als segmentiert gelten, wobei eine deutliche Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration zu verzeichnen ist. Dieser wirkt allerdings die Einstellung der estnischsprachigen Bevölkerung entgegen, welche sich teilweise abweisend gegenüber der estnischsprechenden russischsprachigen Bevölkerung verhält. Ähnliches kann auch hinsichtlich der kulturellen Ähnlichkeit bzw. der Kenntnis der Aufnahmekultur beobachtet werden, wobei sich die russischsprachige Bevölkerung teilweise zu einer „eigenen“ baltisch-russischen Kultur bekennt. Auch hier ist seitens der estnischsprachigen Titulnation eine teilweise deutliche Abgrenzung zwischen dem estnisch- und dem russischsprachigen kulturellen Raum zu verzeichnen. Im Laufe der Transformation hat sich die russischsprachige Be-

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

völkerung von einer starken Segmentierung hin zu einer „einseitigen“ Mehrfachintegration bewegt.

Die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine kann hinsichtlich der Sprache als mehrfachintegriert gelten. Dies gilt auch für die kulturelle Ähnlichkeit, obwohl diese teilweise von der ukrainischen Titularnation angezweifelt wird. Im Falle der russischsprachigen Ukrainer kann man von einer „umgekehrten“ Assimilierung hinsichtlich der Sprache und teilweise auch in Bezug auf die kulturelle Ähnlichkeit sprechen. Diese Integrationsstufen haben sich im Laufe der Transformation wenig verändert, womöglich lediglich hinsichtlich der Ukrainisch-Kenntnisse der russischsprachigen Ukrainer und der ukrainischen Russen, welche sich im Laufe der Konsolidierungsphase verbessert haben.

9.4.4 Strukturelle Dimension

9.4.4.1 Zugang zum/Teilnahme am Arbeitsmarkt

Der Zugang zu und die Teilnahme am Arbeitsmarkt sind für die russischsprachige Bevölkerung in Estland grundsätzlich gegeben. Bis auf eine Periode zwischen 1993 und 1997, als der gesetzliche Status der Ausländer noch ungeklärt war und sie deswegen teilweise Schwierigkeiten hatten eine Beschäftigung zu finden, bestehen heute keine gesetzlichen Hürden beim Eintritt in den Arbeitsmarkt, bis auf die Sprachregelung in öffentlichen Ämtern. Dagegen bestehen teilweise Hürden in der sozioökonomischen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung: Russischsprachige Arbeitnehmer verdienen zum Teil weniger als estnischsprachige Arbeitnehmer, sind seltener in Führungspositionen vertreten und häufiger von Arbeitslosigkeit und Armut bedroht. Besonders russischsprachige männliche Arbeitnehmer scheinen auf dem Arbeitsmarkt strukturell benachteiligt zu sein, weil sie zum einen weniger verdienen und zum anderen häufiger von Entlassungen betroffen sind als ihre estnischsprachigen Kollegen bzw. weibliche Arbeitnehmerinnen. Die zentrale Variable der Performanz der russischsprachigen Bevölkerung auf dem estnischen Arbeitsmarkt ist die estnische Sprache. Ihre Nichtbeherrschung verursacht die Beschränkung russischsprachiger Arbeitnehmer auf russischsprachige Arbeitskollektive und folglich eine einseitige Branchenwahl, was solche Arbeitnehmer wiederum anfälliger für Krisen werden lässt. Nicht überraschend steigt die Arbeitslosigkeit mit sinkenden Estnisch-Kenntnissen. Wiederum ist die Wohngegend bedeutend für die Sprache am Arbeitsplatz. Gegenseitige inter-ethnische Akzeptanz wird positiv beeinflusst durch berufsbedingten täglichen Kontakt zwischen estnisch- und russischsprachigen Akteuren, das Vorhandensein der Staatsbürgerschaft und ein ethnisch-national gemischtes soziales und berufliches Umfeld. Was die subjektive Wahrnehmung der Chancen angeht, so fühlen sich russischsprachige Arbeitnehmer gegenüber den Esten allerdings eher benachteiligt. Andererseits konnten russischsprachige Arbeitnehmer mit guten Estnischkenntnissen ihre Position auf dem Arbeitsmarkt im Laufe der Zeit deutlich verbessern. Insofern kann man die Stellung der russischsprachigen Bevölkerung mit Estnischkenntnissen beim Zugang zum Arbeitsmarkt als mehr-

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

fachintegriert charakterisieren. Russischsprachige Arbeitnehmer mit guten bis sehr guten Estnischkenntnissen haben die Möglichkeit, in einem zweisprachigen Umfeld zu arbeiten, was sogar einen Vorteil gegenüber estnischsprachigen Arbeitnehmern ohne Russischkenntnisse darstellt. Bei fehlenden Estnisch-Sprachkenntnissen sind russischsprachige Arbeitnehmer als segmentiert zu bezeichnen, weil die Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, auf das russischsprachige Berufsumfeld begrenzt sind.

In der Ukraine bestehen keine Schranken beim Zugang zum bzw. bei der Teilnahme am Arbeitsmarkt. Selbst die Problematik der Sprache, die in Estland existiert, bleibt aufgrund der Zweisprachigkeit der überwiegenden Mehrheit der Arbeitnehmer zweitrangig. Unterschiede zwischen russisch- und ukrainischsprachigen Arbeitnehmern können in der Ukraine nur grob auf Grundlage der regionalen Verteilung der Wirtschaftsdaten festgestellt werden. Generell zeigte der als russischsprachig geltende Osten der Ukraine stets eine stärkere ökonomische Leistung im Vergleich zum überwiegend ukrainischsprachigen Westen auf. Aufgrund der überwiegenden Zweisprachigkeit bzw. der strukturellen „Russischsprachigkeit“ vieler Arbeitsbereiche kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine beim Zugang zum Arbeitsmarkt als mehrfachintegriert gelten.

9.4.4.2 Gewährleistung der selbstständigen Grundversorgung

Die schwächere Stellung der russischsprachigen Bevölkerung auf dem estnischen Arbeitsmarkt färbt sich vermutlich auch auf die Möglichkeit zur selbstständigen Grundversorgung ab. Davon könnten besonders Personen betroffen sein, die schlechte bzw. keine Estnischkenntnisse aufweisen. Tatsächlich waren in der russischsprachigen Gruppe im Jahr 2002 mehr Familien von Armut bedroht als in der estnischsprachigen Gruppe. Allerdings existieren keine strukturellen Schranken, welche den Zugang zur Grundversorgung auf Grundlage der ethnisch-nationalen Zugehörigkeit versperren. Es existieren demnach arbeitsmarkttechnische Strukturen, welche auch Arbeitnehmern ohne Estnischkenntnisse die Beschäftigung erlauben. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung in diesem Punkt als mehrfachintegriert gelten.

Da zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine hinsichtlich der sozioökonomischen Stellung so gut wie keine Unterschiede feststellbar sind, existieren für die russischsprachige Bevölkerung auch keine Hindernisse beim selbstständigen Erwerb der Grundversorgung. Auch hierbei gilt aufgrund der überwiegend vorherrschenden Zweisprachigkeit in der Ukraine, dass die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine in diesem Bereich als mehrfachintegriert betrachtet werden kann.

9.4.4.3 Zugang zur/Teilnahme an Bildung

Das estnische Bildungssystem ist nach wie vor von der Existenz estnisch- und russischsprachiger Schulen geprägt. Dabei entspricht es dem Wunsch vieler Eltern russischspra-

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

chiger Kinder, Grundschul- und Gymnasialbildung auf Russisch zu erhalten. Obwohl die estnische Regierung Maßnahmen ergriffen hat, wonach russischsprachige Schulen Mitte der 2000er Jahre auf überwiegend estnischsprachigen Unterricht umgestellt wurden, weisen die Absolventen russischsprachiger Schulen nach wie vor teilweise ungenügende Estnischkenntnisse auf. Dies beeinträchtigt ihre Konkurrenzfähigkeit auf dem estnischen Hochschulbildungs- und Arbeitsmarkt. Diese Entwicklung hat ihren Ursprung unter anderem in der schlechten sprachlichen Vorbereitung der Lehrer, aber auch in der grundsätzlichen Ablehnung des estnischsprachigen Unterrichts bei manchen Schülern und Lehrern in russischsprachigen Schulen. Gegenbeispiele, wonach russischsprachige Schüler in estnischsprachigen Schulen eingeschult werden, stoßen wiederum teilweise auf Ablehnung estnischsprachiger Eltern und Lehrer, die ein schlechteres Unterrichtsniveau befürchten. Obwohl solche Fälle in der Minderheit sind, stoßen einige russischsprachige Schüler in estnischsprachigen Schulen auf Probleme aufgrund ihrer Herkunft und ihrer Muttersprache. Die sprachliche Segmentierung des Schulsystems vererbt sich auch auf die Ebene der Hochschulbildung und auf die Chancen auf dem Arbeitsmarkt, denn Absolventen russischsprachiger Schulen werden häufig benachteiligt oder empfinden es so. Zusammenfassend kann man die russischsprachigen Kinder, die eine russischsprachige Schule absolvieren als „teilweise“ segmentiert betrachten, da ihnen aufgrund ihres Abschlusses einige Möglichkeiten in der Hochschulbildung oder auf dem Arbeitsmarkt verwehrt bleiben. Gleichzeitig können russischsprachige Kinder, die aufgrund ihrer Herkunft in estnischsprachigen Schulen Kommunikationsschwierigkeiten erfahren, ebenfalls als „teilweise“ segmentiert gelten, da der Wille zu einer Mehrfachintegration grundsätzlich vorhanden ist, jedoch von der Mehrheitsgesellschaft blockiert wird. Wiederum können russischsprachige Kinder, die erfolgreich estnischsprachige Schulen absolvieren und keine Hürden im weiteren Lebensverlauf auf Grundlage der Schulwahl haben, als mehrfachintegriert oder gar als assimiliert gelten.

Auch im ukrainischen Schulsystem existieren russisch- und ukrainischsprachige Schulen, wobei die Anzahl der russischsprachigen Schulen seit der Unabhängigkeit der Ukraine zurückgegangen ist. Aufgrund der sprachlichen Ähnlichkeit ist der Übergang von der russisch- zu der ukrainischsprachigen Bildung weniger problematisch als beim vergleichbaren Beispiel aus Estland. Viele Eltern russischsprachiger Kinder schicken auch in russischsprachigen Oblasten des Ostens ihre Kinder auf ukrainischsprachige Schulen. Grundsätzlich besteht auch unter den russischsprachigen Schülern Einigkeit darüber, dass Ukrainisch unterrichtet werden sollte. In den ostukrainischen Oblasten ist der Anteil der ukrainischsprachigen Schulen seit der Unabhängigkeit zwar gestiegen, konnte die Mehrzahl der russischsprachigen Schulen allerdings nicht überholen. Argumente für oder gegen die jeweilige Sprache in der Bildung bewegen sich auf einer ideologischen Basis, weil Beispiele über Benachteiligungen von Absolventen russischsprachiger Schulen in der Praxis faktisch fehlen. Da der Übergang zwischen Ukrainisch und Russisch den meisten Schülern weniger schwer fällt, kann im Falle der Bildung in der Ukraine eine „teilweise“ Segmentierung mit starker Bewegung in Richtung einer Mehrfachintegration festgestellt werden.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

9.4.4.4 Ergebnis: Strukturelle Dimension in Estland und der Ukraine

In Estland sind Sprachkenntnisse der bedeutendste Indikator der Integration in der strukturellen Dimension. Russischsprachige Arbeitnehmer mit Estnischkenntnissen können als mehrfachintegriert gelten und diejenigen, die gute Estnischkenntnisse aufweisen, sind teilweise sogar konkurrenzfähiger als estnischsprachige Arbeitnehmer mit vergleichbarer Qualifikation. Dennoch verdienen russischsprachige Arbeitnehmer tendenziell weniger als estnischsprachige Kollegen und sind auch seltener in Führungspositionen vertreten. Russischsprachige Arbeitnehmer ohne Estnischkenntnisse sind dagegen mehrheitlich segmentiert, weil ihr Tätigkeitsbereich auf russischsprachige Arbeitgeber und Arbeitskollektive beschränkt ist. Im Laufe der Transformation hat sich jedoch eine deutliche Bewegung in Richtung Mehrfachintegration auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Auch im Bereich der Bildung kann eine Tendenz in Richtung Mehrfachintegration vernommen werden, obwohl Absolventen russischsprachiger Schulen als „teilweise“ segmentiert gelten können. Auch hierbei spielt die teilweise negative Grundeinstellung der estnischen Titularnation gegenüber den russischsprachigen Arbeitnehmern eine Rolle. Dies hat sich im Laufe der Transformation nur zum Teil geändert.

In der Ukraine kann in allen Indikatoren der strukturellen Dimension eine Mehrfachintegration verzeichnet werden. Weder auf dem Arbeitsmarkt noch bei der Bildung werden russischsprachige Akteure strukturell benachteiligt. Trotz der „teilweisen“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung im Bereich der Bildung können Absolventen russischsprachiger Schulen meistens gleichberechtigt auf dem Hochschul- und Arbeitsmarkt agieren. Die Entwicklung hat sich von einer stärkeren linguistischen Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung während der Sowjetzeit und Anfang der 1990er Jahre in Richtung Mehrfachintegration bewegt.

9.4.5 Soziale Dimension

9.4.5.1 Zugang zum Wohnungsmarkt/Wohngegend

In Estland gibt es einige Wohngegenden, die als „überwiegend“ russischsprachig gelten, wie die Tallinner Stadtviertel Lasnamäe oder Põhja-Tallinn oder der Landkreis Ida-Virumaa im Nordosten Estlands. Eine solche regionale Konzentration ist in Lettland beispielsweise nicht anzutreffen.²⁴³⁶ Es existieren jedoch keine gesetzlichen Bestimmungen bzw. Wohnungsmarkt-technische Beschränkungen, wonach den Russischsprachigen der Zugang zu anderen Wohngegenden verwehrt bliebe. Obwohl die Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung in den genannten Gegenden bzw. Stadtteilen und Städten teilweise sehr hoch ist – bis zu 95% der Bevölkerung der nordostestnischen Stadt Narva sprechen als Muttersprache Russisch – beruht die Wahl der Wohngegend auf Freiwilligkeit. Auch in überwiegend estnischsprachigen Stadtteilen Tallinns oder in anderen Städten des Landes sind russischsprachige Bewohner anzutreffen. Insofern ist

²⁴³⁶ Vgl. zum Beispiel: Ebd. S. 138.

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

der Zugang zu allen Wohngegenden für die russischsprachige Bevölkerung in Estland offen und wird auch nicht über den Wohnungsmarkt reguliert. Aufgrund dessen, dass dennoch einige Gegenden eine hohe Konzentration an russischsprachiger Bevölkerung aufweisen, kann der Zugang zum Wohnungsmarkt und zur Wohngegend zwar nur als „teilweise“ segmentiert gelten. Objektiv betrachtet ist die russischsprachige Bevölkerung in diesem Bereich allerdings assimiliert.

In der Ukraine herrscht ein starker Regionalismus, welcher mit der ethnisch-nationalen bzw. linguistischen Zugehörigkeit der Bevölkerung einhergeht. Auch hier existieren keine gesetzlichen Regelungen, welche den Zugang der Bevölkerung auf Grundlage der ethnisch-nationalen oder der sprachlichen Zugehörigkeit regeln. Allerdings hat sich auf einer historischen, sozialen, wirtschaftlichen und politischen Grundlage die feste Teilung in die „rechts- und linksufrige“ Ukraine etabliert. Insofern ist die Wahl der Wohngegend beinahe zwangsläufig mit der Wahl zwischen dem russisch- bzw. dem ukrainischsprachigen Teil des Landes verbunden. Die Zentralukraine mit der Hauptstadt Kiew bildet in dieser Hinsicht eine Pufferzone. Angesichts der regionalen Verteilung der Wohngegend und ihrer Verknüpfung mit der ethnisch-nationalen bzw. der linguistischen Zugehörigkeit kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine ebenso als „teilweise“ segmentiert gelten. Dadurch, dass die Wahl der Wohngegend allerdings auch hier auf Freiwilligkeit beruht und aufgrund der stärkeren inter-ethnischen Kommunikation in der Ukraine, im Vergleich zu Estland, kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine beim Zugang zur Wohngegend und zum Wohnungsmarkt zugleich als assimiliert gelten.

9.4.5.2 Zivilgesellschaftliche Aktivitäten

Die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Staatsbürger in Estland ist zum Teil sogar höher als die vergleichbare Beteiligung der estnischsprachigen Bevölkerung. Insbesondere sind die Bewohner der „russischsprachigen“ Tallinner Stadtteile in Vereinen und Vereinigungen aktiv. Allerdings zeigen die Städte des überwiegend russischsprachigen Nordostens eine besonders niedrige zivilgesellschaftliche Beteiligung. Positiv auf die zivilgesellschaftliche Beteiligung der russischsprachigen Bevölkerung wirken sich neben der Wohngegend auch das Niveau der Estnisch-Sprachkenntnisse und der erwartete Erfolg von Protestaktionen aus. Diese sind in Tallinn in der Tendenz mehr öffentlichem Interesse ausgesetzt als in anderen Städten bzw. Gegenden. Angesichts der allgemein niedrigen zivilgesellschaftlichen Beteiligung der gesamten Bevölkerung, kann die estnische russischsprachige Bevölkerung als mehrfachintegriert gelten, da die Bürgerinitiativen entweder rein-russischsprachig sind oder gemischt, sich jedoch häufig mit Problemen der russischsprachigen Bevölkerung auseinandersetzen. Generell ist auch eine Kooperationsbereitschaft zwischen russisch- und estnischsprachigen zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erkennen. Die zivilgesellschaftliche Aktivität sinkt in rein russischsprachigen Gegenden des Nordostens, was dort auf eine Segmentierung oder gar Marginalisierung schließen lässt.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

In der Ukraine können keine nennenswerten Unterschiede bei der zivilgesellschaftlichen Aktivität der Ost- bzw. der Westukraine festgestellt werden. Generell ist die zivilgesellschaftliche Beteiligung niedrig, allein in Städten sind entsprechende Organisationen verstärkt repräsentiert. Hierbei sticht besonders Kiew hervor. Einzig gewerkschaftliche Organisationen sind etwas häufiger und besser organisiert in der südöstlichen Ukraine, während im Westen karitative Vereinigungen öfter anzutreffen sind. Allerdings kann man bei den Gewerkschaften schwer nachvollziehen, ob sie „echte“ Arbeitnehmerorganisationen oder „von oben“ gelenkte Gewerkschaften bzw. Sowjet-Überbleibsel sind. Insgesamt ist die russischsprachige Bevölkerung nicht mehr oder weniger zivilgesellschaftlich aktiv als die ukrainischsprachige, weswegen hierbei eine Mehrfachintegration festgestellt werden kann. Teilweise können auch Aktionen zu „rein russischsprachigen“ Sujets vorkommen, wie im Übrigen auch im Zuge der Krise 2014, was dann auf eine Segmentierung der Zivilgesellschaft schließen lässt.

9.4.5.3 Einbindung in das Sozialleben/Freizeit und der ethnisch-nationale Hintergrund des Partners/Bekanntenzirkels

Die Ergebnisse der Integrations-Monitorings der Jahre 2008 und 2011 in Estland haben gezeigt, dass der soziale Kontakt zwischen der estnisch- und der russischsprachigen Bevölkerung nach wie vor relativ begrenzt ist. Dabei zeigten sich die Esten verschlossener, was sich auch im relativ geringen privaten Umgang mit Russischsprachigen äußert. Die russischsprachige Bevölkerung in Estland zeigt sich im eigenen Bekanntenkreis und im sozialen Umfeld sowohl offener als auch aktiver im gesellschaftlichen Kontakt zu Esten. Am häufigsten findet der Kontakt am Arbeitsplatz statt, in der Schule oder im öffentlichen Raum (Behörde, Geschäft). Positive Auswirkungen auf den sozialen Umgang haben unter anderem der Bildungsgrad und die Wohngegend sowie gegenseitige Sprachkenntnisse. Allerdings kann man resümieren, dass sowohl die estnisch- als auch die russischsprachige Bevölkerung für soziale Kontakte das eigene sprachlich-kulturelle Milieu bevorzugt. Vermutlich wirkt sich das auch auf die Wahl des Partners aus, obwohl genaue Untersuchungen dazu bislang fehlen. Insofern kann man in diesem Bereich eine „teilweise“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung beobachten, wobei eine Tendenz in Richtung Mehrfachintegration seitens der russischsprachigen, aber nicht seitens der estnischsprachigen Bevölkerung vorhanden ist. Somit besteht seitens der estnischsprachigen Bevölkerung eher eine Tendenz zu einer Segmentierung.

In der Ukraine besteht täglicher Kontakt zwischen der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung, welcher durch die weit verbreitete Zweisprachigkeit der Bevölkerung begünstigt wird. Allerdings gibt es gewisse Aspekte, allen voran die Bekanntheit der Menschen zur „eigenen“ Nationalität und Sprache, welche den täglichen Umgang beeinträchtigen. Teilweise können Unterschiede in der Einstellung gegenüber „echten“ Russen bzw. „echten“ Ukrainern beim sozialen Umgang in westukrainischen oder ostukrainischen Städten festgestellt werden. Diese Schwierigkeiten sind allerdings der Politisierung der ethnisch-nationalen oder geolinguistischen Zugehörigkeit geschuldet. Je nach Wohngegend sind private Kontakte zwischen Ukrainern und Russen stärker

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

oder schwächer an der Tagesordnung, werden aber nicht grundsätzlich abgelehnt. Insofern kann die russischsprachige Bevölkerung hier als mehrfachintegriert gelten.

9.4.5.4 Ergebnis: Soziale Dimension in Estland und der Ukraine

In Estland kann die russischsprachige Bevölkerung in der sozialen Dimension als „teilweise“ segmentiert gelten. Hauptsächlich im Bereich der sozialen Kontakte besteht nach wie vor eine relativ starke Konzentration auf das „eigene“ sprachlich-kulturelle Milieu. Dabei hängt die Einbeziehung von russischsprachigen Mitbürgern in das estnischsprachige Umfeld sowohl von der Wohngegend als auch von weiteren Faktoren, wie Kenntnis der estnischen Sprache, Bildungsniveau und Aufnahmebereitschaft der estnischsprachigen Bevölkerung ab. Letztere stellt eine der bedeutendsten Hürden auf dem Weg zur sozialen Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung dar. Tatsächlich ist die regionale Konzentration der russischsprachigen Bevölkerung im Nordosten des Landes eine weitere Hürde auf dem Weg zur Mehrfachintegration: Der sonst offene Zugang zum Wohnungsmarkt weist in diesem Teil des Landes Segmentierungstendenzen auf, was auch für zivilgesellschaftliche Aktivitäten gilt. Obwohl Esten gegenüber privaten Kontakten mit der russischsprachigen Bevölkerung nach wie vor verschlossen sind, zeigt der vermehrte Kontakt der russischsprachigen Bevölkerung zu estnischen Mitbürgern grundsätzlich eine Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration. Dies ist gegenüber der deutlichen sozialen Segmentierung der 1990er Jahre als positiv zu bewerten.

In der Ukraine besteht aufgrund der Regionalisierung eine „teilweise“ Segmentierung in allen Bereichen der sozialen Dimension. Dennoch kann die russischsprachige Bevölkerung als überwiegend mehrfachintegriert gelten, da ihr grundsätzlich keine Hürden im Bereich des Wohnungsmarktes, der zivilgesellschaftlichen Beteiligung oder bei sozialem Kontakt zur ukrainischsprachigen Bevölkerung in den Weg gelegt werden. Private Kontakte zwischen Ukrainern und Russen – bzw. der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung – bestehen in allen Teilen des Landes, obwohl diese im Zuge ethnisch-national begründeter Konflikte (wie der Krise des Jahres 2014) teilweise Segmentierungstendenzen aufweisen können.

9.4.6 Identifikative Dimension: Individuelle Einschätzung des Umfelds und Zustimmung zu den kulturellen und sozialen Werten

Die identifikative Dimension ist im Kontext der gesellschaftlichen Integration die am schwersten zu erfassende Dimension, weil die Faktoren, welche zu der identikativen Wahrnehmung des Umfeldes beitragen, meistens kognitiver und subjektiver Natur und daher kaum messbar sind. Für die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum ist ihr unklarer identikativer Status hierbei das größte Problem. Trotz des sowjetischen Erbes als Titularnation konnte die russischsprachige Bevölkerung im Laufe der

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

politischen Ereignisse Ende der 1980er und Anfang der 1990er Jahre im postsowjetischen Raum nicht als eine homogene Einheit auftreten. „Schuld“ daran ist nicht zuletzt das „russische Kuriosum“ der sowjetischen Nationalitätenpolitik, welche dazu führte, dass sich die russischsprachige Bevölkerung in der gesamten Union heimisch und gleichzeitig überlegen fühlte. Daher haben Ereignisse in der Phase der demokratischen Konsolidierung zu einer gewissen identifikativen Spaltung zwischen den neuen Titularnationen und der russischsprachigen Bevölkerung beigetragen, weil die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung anfangs weder der alten noch der neuen Heimat galt, sondern der Sowjetunion. Diese Spaltung hat im Laufe der Zeit allerdings zu einer eigenen Identität der russischsprachigen Bevölkerung im postsowjetischen Raum geführt. In den meisten Fällen kann der Status als „Nicht-Russland-Russen“ identifiziert werden, im Baltikum kommt hierzu noch die Wahrnehmung als „baltische“ Russen hinzu. In der Ukraine besteht nach wie vor das Verständnis einer „überwölbenden“ Einheit mit Russland, welche sich nicht zuletzt in der Nutzung der russischen Sprache niederschlägt.²⁴³⁷

In Estland hat die Entwicklung der Wahrnehmung als „wir“ und „andere“ explizit auf die Spaltung zwischen der russischsprachigen Bevölkerung und der estnischen Titularnation abgezielt, wofür seitens der Esten neben der „kafkaesken“ Gesetzgebung auch die geschichtliche Interpretation des Zweiten Weltkrieges und des Opferstatus, die emotionale Anpreisung der verlorenen Unabhängigkeit und der Schönheit des eigenen Landes sowie die Hervorbringung kultureller und sprachlicher Unterschiede zwischen „uns“ (der Titularnation) und „anderen“ (der russischsprachigen Bevölkerung) verwendet wurden.²⁴³⁸ Durch Mythenbildung und die Darstellung der russischsprachigen Bevölkerung als Erben der Sowjetzeit wurde in Estland die gesellschaftliche Spaltung verschärft, weil mittels emotional aufgeladener Symbole, wie dem „Krieg der Denkmäler“, tief verwurzelte Werte der jeweils anderen Seite verletzt wurden.²⁴³⁹ Die russischsprachige Bevölkerung hat ihrerseits zwar auf das Recht ihres Daseins gepocht und ihre Sprache sowie ihre kulturellen Symbole – inklusive einer ambivalenten, weil ungreifbaren Verbundenheit zu Russland – behalten, doch gleichzeitig eine eigene Quasi-Identität aufgebaut, welche sie von Russland abkoppelt und sie näher zum Baltikum – als „baltische“ bzw. „europäische“ Russen – bringt. Insofern kann man die identifikative Position der russischsprachigen Bevölkerung zwar als segmentiert bezeichnen, aber gleichzeitig eine deutliche Bewegung in Richtung der Mehrfachintegration in den baltischen identifikativ-kulturellen Raum feststellen. Dieser steht jedoch die Haltung der estnischen Titularnation im Weg, welche durch die fortwährende Abgrenzung in „wir“ und „andere“ für das Fortdauern der identifikativen Segmentierung sorgt.

Auch in der Ukraine wurde eine Bewegung in Richtung einer gewissen Spaltung in der identifikativen Position zwischen der ukrainischen Titularnation und den ukrainischen Russen, bzw. der ukrainischen russischsprachigen Bevölkerung vollzogen. Allerdings war hierbei eine strikte Trennung in „wir“ und „andere“ nach dem baltischen

²⁴³⁷ Die „überwölbende“ Einheit wird im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.

²⁴³⁸ Die „kafkaesken“ Züge der estnischen Gesetzgebung werden im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.

²⁴³⁹ Der „Krieg der Denkmäler“ wird im Kapitel „Die Rolle der Identität – Vorurteile, Selbstpositionen und Mythen“ erläutert.

9.4 Indikatoren und Dimensionen der Integration

Vorbild nicht möglich, weshalb die identifikative Trennung zunächst zwischen der Sowjet- und der unabhängigen Ukraine erfolgte. Zumal ein Teil der ukrainischen Bevölkerung auch identifikativ einer „umgekehrten“ Assimilierung unterworfen war, wodurch sich die gesellschaftliche Spaltung hinsichtlich der historischen, kulturellen und sprachlichen Attribute der identifikativen Nationsbildung vorwiegend regional und zunächst weniger auf Grundlage der ethnisch-nationalen Herkunft gezeigt hat. Eine Unterscheidung zwischen „wir“ (die Ukrainer) und „andere“ (die Russen bzw. die russischsprachige Bevölkerung) wurde in der Ukraine erst im Laufe der Konsolidierungsphase und zunehmend im westlichen Teil des Landes wahrnehmbar. Die Ost-West-Spaltung der Ukraine schlug sich im Westen des Landes in der Anpreisung der ukrainischen Staatlichkeit, der Verwendung der ukrainischen Sprache und der Verehrung von Nationalhelden, welche im russischsprachigen Teil des Landes höchst umstritten waren, nieder. Selbst die Erinnerungskultur an den Zweiten Weltkrieg und die Hungersnot der 1930er Jahre sorgte in der Ukraine für Kontroversen entlang der national-identikativen Grenzen. Auch der schmale Grat der sprachlichen Unterscheidung zwischen der „russischen“ und der „ukrainischen“ Bezeichnung für das Land „Ukraine“ sorgt bisweilen für eine identifikative Platzierung, indem Muttersprachler mittels der verwendeten Präpositionen eine „russische“ oder „ukrainische“ Mundart sofort erkennen. Die russischsprachige Bevölkerung in der Ukraine hat die identifikative Spaltung zu den Ukrainern, welche nach wie vor von vielen Russen kulturell und sprachlich als „Brudervolk“ wahrgenommen werden, schwächer als die vergleichbare zwischen der russischsprachigen Bevölkerung in Estland und der Titularnation Estland erlebt. Insofern, als die Rolle der „anderen“ von der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung nicht akzeptiert wird, wird auch nach wie vor die Nähe zu Russland als Voraussetzung für ihre eigene identifikative Positionierung in der Ukraine vorausgesetzt. Die russischsprachige bzw. ethnisch-russische Bevölkerung in der Ukraine fühlt sich damit identifikativ mit der ukrainischen Titularnation vollkommen gleichgesetzt. Somit kann die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine in der identikativen Dimension als mehrfachintegriert gelten, obwohl es durchaus Versuche auf Seite der national gesinnten Ukrainer gibt, sich zu segmentieren.

Sowohl in Estland als auch in der Ukraine sind durch die Phase des Zerfalls der Sowjetunion und der Konsolidierung Tendenzen in Richtung einer identikativen Spaltung vorhanden, was jedoch nicht als ein Dauerzustand des identikativen Status der russischsprachigen Bevölkerung begriffen werden sollte. Vielmehr führt dies zu einer tiefen gesellschaftlichen Segmentierung, welche unter Umständen zu Konflikten führen kann. Da sich die russischsprachige Bevölkerung im Zuge der Konsolidierungsphase identifikativ an die Länder gebunden hat, sollte es im Interesse der Titularnationen sein, die neu aufkommende Identität der russischsprachigen Bevölkerung zu begrüßen und die identikativen Schranken abzubauen, was eine Akzeptanz der kulturellen, historischen und sprachlichen Unterschiede voraussetzt.

Die Ergebnisse der Analyse der Schlüsselereignisse der Transformation sowie der Dimensionen der gesellschaftlichen Integration können den Tabellen A und B im Anhang entnommen werden.

9.5 Überprüfung der aufgestellten Hypothesen

Es wurde die Frage untersucht, welchen Einfluss die russischsprachigen Bevölkerung auf die politische Entwicklung der Untersuchungsländer hatte und gleichzeitig, inwiefern sich der Systemwechsel und die Systemtransformation auf die Position der russischsprachigen Bevölkerung in diesen Ländern ausgewirkt haben. Ausgehend von der Fragestellung der vorliegenden Untersuchung wurden folgende Hypothesen aufgestellt:

Je stärker die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto besser konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso stärker war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Mehrfachintegration in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je mehr konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

Umgekehrt sollte gezeigt werden:

Je schwächer die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung am Ende des autokratischen Regimes (Zusammenbruch der Sowjetunion) war, desto schlechter konnte sie ihre institutionelle und konstitutionelle Stellung sichern und umso schwächer war ihr Einfluss auf die demokratische Konsolidierung. Die anschließende gesellschaftliche Integration der russischsprachigen Bevölkerung in der Konsolidierungsphase ging demnach umso stärker in Richtung der Marginalisierung in allen gesellschaftlichen Dimensionen, je weniger konstitutionelle und institutionelle Freiheit sie sich gesichert hat.

Aus der Analyse der gesellschaftlichen Integration der russischsprachigen Bevölkerung und ausgehend von der Fragestellung ist ersichtlich, dass zwischen Estland und der Ukraine zum Teil deutliche Unterschiede bestehen. Die historische Position der russischsprachigen Bevölkerung führte in Estland zu einer ethnisch-national exklusiven Politik, welche ihren Ursprung in der prekären demographischen Lage der neuen Titulnation und der Wahrnehmung der beraubten Unabhängigkeit infolge der sowjetischen Machtübernahme hatte. In der Ukraine dagegen, in der die ethnisch-nationale Zusammensetzung nach dem Zerfall der Sowjetunion auf den ersten Blick weniger besorgniserregend war – ein Teil der Ukrainer jedoch Zeichen einer deutlichen „umgekehrten“ Assimilierung zeigte –, richtete sich die oppositionelle Tätigkeit zunächst mehr gegen die Sowjetmacht als gegen die russischsprachige Bevölkerung und war somit wenig bis gar nicht ethnisch-national konnotiert. Zumal hier das Augenmerk zunächst auf eine nationale Einheit der West- und Ostukraine gelegt werden musste, was eine national-exklusive Rhetorik ausschloss. Während der Übergangsphase war die russischsprachige Bevölkerung in Estland zwar in den entscheidungsfindenden Gremien, wie dem Obersten Sowjet, vertreten, wurde aber durch die einsetzende Radikalisierung der ethnisch-nationalen Parolen, welche explizit gegen sie gerichtet waren, zunehmend aus dem politischen Prozess ausgeschlossen. Aus diesem Grund gab es nur wenige Gegenstimmen im ersten halbfrei gewählten Parlament, welches das wegweisende Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedete. Die russischsprachige Bevölkerung in Estland konnte

9.5 Überprüfung der aufgestellten Hypothesen

sich ihrerseits nicht ausreichend organisieren, um mit einer politischen Stimme zu sprechen. In der Ukraine konnte dagegen eine Kontinuität der Repräsentation beobachtet werden, welche sich in der inklusiven Gesetzgebung und der starken politischen Stellung der ostukrainischen Oblaste zeigte. Dies zog sich durch die Konsolidierungsphase hindurch. Dabei haben sich die politischen Führungsfiguren in der Ukraine an den unterschiedlichen Themen, welche unter anderem um den Status der russischen Sprache und die außenpolitische Ausrichtung kursierten, bedient, was die regionale Spaltung des Landes vertiefte. Während sich in Estland die russischsprachige Bevölkerung aus einer deutlichen politischen Segmentierung bzw. Marginalisierung in den Anfängen der Konsolidierung in Richtung einer Mehrfachintegration bewegte, wurde in der Ukraine die Spaltung auf Grundlage einiger weniger Sachfragen immer deutlicher. In Estland bleibt die soziale und ökonomische Position der russischsprachigen Bevölkerung segmentiert, wobei die ökonomische Stellung in vielerlei Hinsicht vom sprachlichen Integrationsgrad und dem Vorhandensein der estnischen Staatsbürgerschaft abhängt. In der Ukraine bestehen beinahe keine sozioökonomischen Unterschiede zwischen der ukrainischsprachigen und der ethnisch russischen bzw. der russischsprachigen Bevölkerung.

Die Verhandlungsposition der russischsprachigen Bevölkerung zum Ende des autokratischen Regimes ist in Estland als schwach und in der Ukraine als stark zu bezeichnen. Die Ausgangslage der russischsprachigen Bevölkerung war in beiden Ländern angesichts ihrer historischen Position ähnlich, weshalb der Unterschied vor allem in den Ereignissen rund um den Systemwechsel zu finden ist. Dieser besteht hauptsächlich in der ethnisch-exklusiv begründeten Rhetorik der neuen Kräfte in Estland und der politischen Kontinuität und auf nationale Einheit bedachten Politik in der Ukraine.

Ausgehend von der schwachen repräsentativen Position der russischsprachigen Bevölkerung in Estland am Ende des autokratischen Regimes konnte sie auch keinen bzw. nur sehr schwachen Einfluss auf die Gesetzgebung und die Institutionalisierung des neuen demokratischen Systems nehmen. Einzig konnte sie sich das Recht auf Verbleib sichern, welcher angesichts der Forderung nach einer Repatriierung seitens national-konservativer Kräfte bisweilen nicht selbstverständlich war. Daraus hat sich auch die konstitutionelle Stellung, wonach der russischsprachigen Bevölkerung alle Grundrechte, bis auf das Recht auf Partizipation ohne Staatsbürgerschaft gewährt wurden, ergeben. Letztere basierte auf der restriktiven Gesetzgebung, wodurch die russischsprachige Bevölkerung von den ersten freien Parlamentswahlen größtenteils ausgeschlossen wurde. Der Aufbau der politischen Repräsentation der russischsprachigen Bevölkerung dauert bis heute an. Entsprechend schwach war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung auf den politischen Prozess in Estland im Laufe der demokratischen Konsolidierung.

Die starke repräsentative Position der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine sorgte für Kontinuität der national-inklusive Politik während der Konsolidierungsphase. Sowohl konstitutionell als auch institutionell war die russischsprachige Bevölkerung der ukrainischen Titularnation gleichgestellt, lediglich die russische Sprache hatte keinen offiziellen Status. Erst mit dem Aufkommen der grundsätzlichen Differenzen der politischen Positionen im Zuge der Orangen Revolution im Jahr 2004 zeigte sich die geolinguistische Spaltung der ukrainischen Bevölkerung, wobei die russischsprachigen

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Oblaste ihre starke politische Stellung im Laufe der Jahre nicht einbüßen und mit der Präsidentschaft Wiktor Janukowitschs und der Führungsrolle der „Partei der Regionen“ sogar verbesserten. Entsprechend stark war der Einfluss der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine in der Phase der demokratischen Konsolidierung.

Aufgrund der schwachen institutionellen und repräsentativen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Phase der demokratischen Konsolidierung in Estland, hat sich ihre gesellschaftliche Stellung von einer beinahe vollständigen Segmentierung auf der kulturellen, sozialen und identifikativen Dimension zu deutlichen Tendenzen in Richtung einer Mehrfachintegration in allen Dimensionen gesellschaftlicher Integration entwickelt. In der politischen und der kulturellen Dimension (besonders in Hinblick auf die Sprache) fand eine deutliche Unterscheidung auf Grundlage der estnischen Staatsbürgerschaft sowie der Estnisch-Sprachkenntnisse statt. Die Staatsbürger konnten sich assimilieren bzw. mehrfachintegrieren, obwohl Segmentierungstendenzen nach wie vor präsent sind. Die Nicht-Staatsbürger können je nach Sprachkenntnissen als segmentiert bzw. marginalisiert gelten, lediglich hinsichtlich der Partizipation auf kommunaler Ebene besteht eine rechtliche Assimilierung bzw. repräsentative Mehrfachintegration. Insgesamt lässt sich sagen, dass die nach wie vor vorhandene gesellschaftliche Segmentierung in vielerlei Hinsicht mit der schwachen repräsentativen Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Übergangsphase zusammenhängt. Die abweisende Haltung der estnischen Titularnation gegenüber der Mehrfachintegration, welche in allen Dimensionen vorhanden ist, verstärkt die gesellschaftliche Segmentierung zusätzlich.

Die russischsprachige Bevölkerung der Ukraine weist in den meisten Dimensionen der gesellschaftlichen Integration eine Mehrfachintegration bzw. eine Assimilierung auf. Auf Grundlage der Sprache bzw. der kulturellen Ähnlichkeit bzw. der Kenntnis der Aufnahmekultur kann sogar eine „umgekehrte“ Assimilierung der russischsprachigen Ukrainer beobachtet werden. Eine „teilweise“ Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung besteht auf sprachlicher und regionaler Basis in den Bereichen Bildung und Wohngegend. Ebenfalls kann teilweise von einer abweisenden Haltung der Titularnation gegenüber der russischsprachigen ukrainischen Bevölkerung gesprochen werden, welche mit der regionalen bzw. der geolinguistischen Spaltung einhergeht.

Die erste Hypothese kann am Beispiel der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zwar als belegt gelten, jedoch zeigt die regionale Spaltung der Ukraine, dass auch hier Tendenzen in Richtung der Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung bestehen. Vor allem sind diese mit politischen Teilhaberechten, den Rechten auf Nutzung der Sprache und der gesellschaftlichen Haltung in Hinblick auf vereinzelte grundlegende Fragen der innen- und außenpolitischen Ausrichtung der Ukraine, verbunden.

Die zweite Hypothese kann mit dem Beispiel der russischsprachigen Bevölkerung in Estland als belegt gelten, wobei hier deutliche Tendenzen in Richtung der Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung in allen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration zu beobachten sind. Häufig werden diese jedoch durch die reservierte Haltung der estnischen Titularnation unterbunden. Nach wie vor ist eine regionale Spaltung vorhanden sowie eine Unterteilung der russischsprachigen Bevölkerung in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger, welche für eine erfolgreiche Mehrfachintegration in allen Dimensionen der gesellschaftlichen Integration von entscheidender Bedeutung ist.

9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

Im Vorfeld der Unabhängigkeit verliefen die Ereignisse in Lettland und Litauen ähnlich wie in Estland: Auch hier wurden Volksfronten und Interfronten gegründet, wobei die russischsprachige Bevölkerung, je nach Wohngegend, Bildungsgrad und Alter (neben anderen Faktoren) zum Teil beide Bewegungen unterstützte.²⁴⁴⁰ Danach entwickelten die baltischen Staaten aber einige Unterschiede hinsichtlich der gesellschaftlichen Stellung und der politischen Rolle der russischsprachigen Bevölkerung.

In Litauen fand das Referendum bereits im Februar 1991 statt und 93% der Wahlberechtigten stimmten für die Unabhängigkeit. Die Beteiligung lag bei 85%.²⁴⁴¹ Im Unterschied zu Lettland und Estland gehörten in Litauen allerdings nur etwa 10% der Bevölkerung (von insgesamt etwa 3,7 Millionen im Jahr 1989) zu den Russischsprachigen, was die dortige politische Führung dazu brachte, die „Null-Option“ bei der Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft anzuwenden.²⁴⁴² So hatten bis zum Jahr 1994 etwa 95% der litauischen Russen die Staatsbürgerschaft erhalten und konnten sich dadurch in den politischen Prozess integrieren.²⁴⁴³ Abgesehen davon, dass viele Russen bzw. Russischsprachige die litauische Volksfront unterstützten und dort auch Mitglieder waren, hat ein großer Anteil von ihnen auch die staatliche Unabhängigkeit Litauens befürwortet.²⁴⁴⁴ Obwohl das ursprüngliche litauische Gesetz zur Sprache aus dem Jahr 1989 alle Staatsbediensteten verpflichtete, Litauisch binnen zwei Jahren zu lernen, was nach Ansicht vieler Beobachter weitaus strenger war als in den vergleichbaren Gesetzen der anderen baltischen Staaten, blieb dies der einzige Punkt, in dem Litauen in der nationalen Frage anfangs restriktiver war als Estland und Lettland.²⁴⁴⁵ Diese Frist wurde später um mehrere Jahre verlängert, was den anfänglich restriktiven Charakter des Gesetzes entschärfte.²⁴⁴⁶ Darüber hinaus hatten 70% der litauischen russischsprachigen Bevölkerung bereits im Jahr 1993 angegeben, Litauisch zu sprechen.²⁴⁴⁷ Der Unterricht in anderssprachigen Schulen (hauptsächlich russisch- und polnischsprachigen) wurde, ähnlich wie in Estland und Lettland, zum Teil auf Litauisch umgestellt. Auch hier waren die Schulen mit Problemen der sprachlichen Umstellung konfrontiert, vor allem was die sprachliche

²⁴⁴⁰ Volksfront in Litauen: Sajudis und in Lettland: Tautas Fronte. Vgl. Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112-117; Ebd. (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 112-113.

²⁴⁴¹ Clark Terry D./ Jakuninaite, Dovile (2010): Lithuania. in: Nohlen, Dieter/Stöver, Philip (Hrsg.): Elections in Europe: a data handbook. Baden-Baden: Nomos. 1187-1226, S. 1201.

²⁴⁴² Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 120; Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 138-139; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 63-64.

²⁴⁴³ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 120-122.

²⁴⁴⁴ Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.140-141.

²⁴⁴⁵ Vgl. hierzu: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121; Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 139; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 66-67.

²⁴⁴⁶ Ebd. S. 66-67.

²⁴⁴⁷ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Vorbereitung der Lehrer anging.²⁴⁴⁸ Aufgrund der kleineren Anzahl der Schulen und der insgesamt inklusiven Grundeinstellung wurden auch in Litauens zweisprachigen Schulen Litauisch-Kenntnisse rigoros vermittelt, wodurch die allgemeine sprachliche Vorbereitung der Schüler russischsprachiger Schulen weitaus besser zu sein schien, als dies in Estland und Lettland der Fall war.²⁴⁴⁹ Obwohl auch in Litauen national-konservative Kräfte – vor allem Anfang der 1990er Jahre – die Grundsätze des litauischen Staates in der Exklusivität der litauischen Nation begründet sahen, wurden diese Stimmen nicht nur von den ethnisch-nationalen Minderheiten, sondern auch von Litauern selbst mit Skepsis wahrgenommen.²⁴⁵⁰ Die russischsprachige Bevölkerung Litauens wurde faktisch von der restlichen Bevölkerung nicht ausgegrenzt, was unter anderem der Tatsache geschuldet ist, dass die meisten litauischen Russen im Jahr 1989 bereits seit mehr als 20 Jahren dort wohnhaft waren und die litauische Führung ihre Sezessionsbestrebungen eher gegen Moskau als gegen die im Land lebenden Russen bzw. Russischsprachige gerichtet hat.²⁴⁵¹ Zudem stellte die polnische Minderheit in Litauen mit etwa 7% die zweite größere ethnisch-nationale Gruppe dar, welche für sich Sonderrechte beanspruchte und auch historisch eine weitaus kontroversere Rolle einnahm.²⁴⁵² Der Grund, weshalb die Litauer gegenüber den Russen (bzw. anderen Minderheiten) offener eingestellt waren als Letten oder Esten, könnte auch in der Vergangenheit und der Selbstwahrnehmung Litauens als bedeutendes Großreich begründet liegen. Demnach konnten Litauer damals wie heute „mit Slawen und anderen Nationen zusammenleben“, schreibt Vesna Popovski in ihrer Studie aus dem Jahr 2000.²⁴⁵³ Durch die inklusive Politik konnte bei der litauischen russischsprachigen Bevölkerung bereits in den 1990er Jahren eine Mehrfachintegration bzw. Assimilierung in beinahe allen gesellschaftlichen Bereichen beobachtet werden, wodurch sie sich auch besser integriert zeigte als in den meisten (wenn nicht allen) anderen postsowjetischen Staaten.²⁴⁵⁴ Neben der Einstellung der Litauer, die mit der Zeit aufgehört haben in den Kategorien „wir“ und „andere“ zu denken, wie dies bis heute in Estland und Lettland der Fall ist, haben auch die litauischen Russen ihren Platz im unabhängigen litauischen Staat gefunden, nicht zuletzt als „litauische Russen“. ²⁴⁵⁵ Dies unterscheidet Litauen abermals von Estland und Lettland. Damit scheint Litauen das Problem, wonach der Minderheit der Zugang zur Titulargesellschaft aufgrund der abweisenden Haltung der Titularnation verwehrt bleibt, von der Minderheit jedoch Integrationswilligkeit vorausgesetzt wird, mithilfe der Inklusion umgangen

²⁴⁴⁸ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 121-122; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 72.

²⁴⁴⁹ Зверко, Наталия: „Восточная Литва: семья одна, а дети — в разноязычных школах.“ Delfi.lt 12.05.2015 <http://ru.delfi.lt/news/live/vostochnaya-litva-semya-odna-a-deti-v-raznoyazychnyh-shkolah.d?id=67934808> (Abgerufen am 12.05.2015).

²⁴⁵⁰ Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 108.

²⁴⁵¹ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 117-119.

²⁴⁵² Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.140; Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 108-111.

²⁴⁵³ Zitiert aus: Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 71 (Üb. d. A.).

²⁴⁵⁴ Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112

²⁴⁵⁵ Vgl. hierzu: Popovski, Vesna (2000): National minorities and citizenship rights in Lithuania, 1988-93. S. 83-103; 107-108.

zu haben. Allerdings dürfen hierbei die unterschiedlichen Größenverhältnisse der russischsprachigen Minderheit in allen drei baltischen Staaten nicht außer Acht gelassen werden.

Lettland, wie auch Estland, hat im Januar 1991 – während sich in Vilnius Kämpfe zwischen dem sowjetischen Militär und der Opposition ereigneten – eine Vereinbarung mit Sowjet-Russland unterzeichnet, die unter anderem Klauseln zur Einbürgerung der russischsprachigen Einwohner beinhaltete, obwohl die Absprachen für ähnliche Kontroversen hinsichtlich der späteren Gesetzgebung zur Staatsbürgerschaft sorgten wie beim nördlichen Nachbarn Estland.²⁴⁵⁶ Im Frühjahr des Jahres 1991 wurde in Lettland ein Referendum zur Unabhängigkeit abgehalten, bei dem alle permanenten Bewohner teilnehmen durften und die Zustimmung bei 73% lag, wobei 80% der Stimmberechtigten sich an der Abstimmung beteiligt haben.²⁴⁵⁷ Alleine angesichts der ethnischen Zusammensetzung der Bevölkerung kann davon ausgegangen werden, dass mindestens ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands für die Unabhängigkeit gestimmt hat.²⁴⁵⁸ Die neue Elite wurde in Lettland, wie auch in Estland, durch einen national-konservativen Flügel und die Volksfront sowie die Kommunisten repräsentiert.²⁴⁵⁹ Der Staatsaufbau wurde auch hier von einer starken ethnisch-national aufgeladenen Stimmung begleitet.²⁴⁶⁰

Den während der Sowjetzeit zugewanderten Menschen wurde die lettische Staatsbürgerschaft nicht automatisch zugesprochen. Die Entscheidung, wer in Lettland die Staatsbürgerschaft erhalten sollte, wurde gleich nach der Erklärung der Unabhängigkeit am 23. August 1991 getroffen, allerdings nicht vom Obersten Sowjet, sondern vom Obersten Gericht.²⁴⁶¹ Zur Erinnerung: In Lettland betrug der Anteil der russischsprachigen Bevölkerung etwa 42% der insgesamt 2,6 Millionen Einwohner.²⁴⁶² Im Oktober 1991 hat das lettische Oberste Gericht den entsprechenden Beschluss vorgelegt, wonach, ähnlich wie in Estland, nur die Bürger der Lettischen Republik der Zwischenkriegszeit und deren Nachkommen Staatsbürger werden konnten.²⁴⁶³ Mehr als 700 000 Einwohnern Lettlands (knapp 30% der Gesamtbevölkerung) wurde die Staatsbürgerschaft vorenthalten.²⁴⁶⁴ Die Gesetzgebung an sich und der Prozess des Zustandekommens waren restriktiver und langwieriger als in Estland. Erstens wurde der Oberste Sowjet bei der Spezifizierung des Einbürgerungsprozesses übergangen, denn ein Gesetz zur Staatsbürgerschaft konnte laut den neuen Eliten nur von lettischen Staatsbürgern erarbeitet werden, was den ethnisch „gemischten“ Sowjet somit ausschloss. Folglich mussten erst die Parlamentswahlen abgehalten werden, um ein ausschließlich von Staatsbürgern

²⁴⁵⁶ Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.115-116

²⁴⁵⁷ Ebd. S.112

²⁴⁵⁸ Je nach Quelle wird von einer Unterstützung von 15% bis 60% der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands gesprochen. Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.118-119

²⁴⁵⁹ Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.112

²⁴⁶⁰ Pajur, Ago/Tannberg, Tõnu (2005): Eesti ajalugu. VI, Vabadussõjast taasiseseisvumiseni. S. 380.

²⁴⁶¹ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113-114.

²⁴⁶² Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 110.

²⁴⁶³ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S.113

²⁴⁶⁴ Dreifelds, Juris (1997): Latvia in transition. S. 173.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

besetztes Gremium zu erstellen.²⁴⁶⁵ Zweitens sollte es in Lettland nach Auffassung des lettischen Bürgerkomitees (als Pendant zu den estnischen EKK) gar keine Einbürgerung geben, da Lettland nur von „rechtmäßigen“ lettischen Staatsbürgern regiert werden sollte. Diese Auffassung wurde aber nach Verhandlungen mit den liberaler eingestellten Volksfronten fallen gelassen.²⁴⁶⁶ Drittens sollten in Lettland, anders als in Estland, Einbürgerungsquoten eingeführt werden, die jährlich nur eine bestimmte Anzahl an Einbürgerungen zuließen.²⁴⁶⁷ Durch die fehlende Regelung zur Staatsbürgerschaft im Vorfeld der ersten Parlamentswahlen im Juni 1993 zogen ausschließlich von lettischen Staatsbürgern gewählte lettische Staatsbürger in das Parlament ein, was eine weitere Parallele zu Estland darstellt. Damit wurde auch in Lettland, ähnlich wie in Estland, die russischsprachige Bevölkerung von den ersten freien Parlamentswahlen quasi ausgeschlossen. Im Unterschied zu Estland beinhaltete die „rechtmäßige“ Gesamtheit der Staatsbürger allerdings etwa 16% Russen.²⁴⁶⁸ Die russischsprachige Bevölkerung wurde damit immerhin durch 7 Sitze im ersten Saeima (dem lettischen Parlament) repräsentiert, wodurch ihre Vertretung stärker war als die Vertretung der Russischsprachigen im ersten estnischen Parlament, dem Riigikogu.²⁴⁶⁹ Gleichzeitig hatten die Nicht-Staatsbürger in Lettland noch bis 1994, als schließlich das Gesetz zur Staatsbürgerschaft verabschiedet wurde, keinen legalen Status.²⁴⁷⁰ Bei der Erarbeitung des Gesetzes behielten in Lettland, ähnlich wie in Estland, die national-radikalen Kräfte die Oberhand.²⁴⁷¹

Die restriktiven Einbürgerungsbestimmungen im ersten Entwurf für das Staatsbürgerschaftsgesetz aus dem Jahr 1994 sorgten für Kritik seitens der OSZE und der Europäischen Kommission.²⁴⁷² Anders als in Estland sollte der Erwerb der Staatsbürgerschaft nicht nur an mindestens 10 Jahre ständigen Aufenthalt im Land und an einen Sprachtest gebunden werden, sondern eine festgelegte Quote sollte zudem dafür sorgen, dass die Anzahl der jährlichen Einbürgerungen 0,1% der Anzahl der Staatsbürger nicht übersteigt.²⁴⁷³ Schließlich wurde im Juli 1994 ein moderateres Gesetz verabschiedet, in wel-

²⁴⁶⁵ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113.

²⁴⁶⁶ Ebd.

²⁴⁶⁷ Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S.123-125

²⁴⁶⁸ Vgl. hierzu: Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 113; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 113-114.

²⁴⁶⁹ Hier wird von 7 Sitzen ausgegangen, welche von der Partei „Ravnopravije“ erzielt wurden. Während Pål Kolstø von 6 Sitzen spricht, welche die Gesamtheit der 34% der Bevölkerung repräsentieren sollten, gibt Tõnis Saarts an, es seien 18% der Sitze gewesen, was somit 18 der 100 Sitze bedeuten würde. Auch Juris Dreifelds gibt an, die „russischsprachige“ Partei „Ravnopravije“ hätte 6% erhalten, obwohl ihre Mitgliedschaft zum Zeitpunkt der Wahlen zu zwei Dritteln aus ethnischen Letten bestanden hätte. Dovile Budryte spricht gar von 20 Sitzen, welche von Parteien gehalten wurden, die „angaben, die Stimmen der russischsprachigen lettischen Bevölkerung zu repräsentieren“. Vgl. hierzu: Budryte, Dovile (2005): Taming nationalism? Political community building in the post-Soviet Baltic States. S. 127; Dreifelds, Juris (1997): Latvia in transition. S. 89-90; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 113-114; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146.

²⁴⁷⁰ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 114.

²⁴⁷¹ Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146.

²⁴⁷² Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-140.

²⁴⁷³ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 140.

9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

chem die Quoten gelockert und durch „Einbürgerungsfenster“ ersetzt wurden.²⁴⁷⁴ Durch die verschärften Vorschriften der „Einbürgerungsfenster“ dauerte die Einbürgerung in Lettland jedoch deutlich länger als in Estland, so dass erst ab dem Jahr 2001 auch außerhalb Lettlands geborene Nicht-Staatsbürger Anträge auf Staatsbürgerschaft stellen durften.²⁴⁷⁵ Nach einer Änderung aus dem Jahr 1998 konnten auch staatenlose Kinder die lettische Staatsbürgerschaft erhalten.²⁴⁷⁶ Auch für diese Änderung war Kritik von Seite der OSZE und der Europäischen Kommission verantwortlich.²⁴⁷⁷ Ebenfalls im Jahr 1998 fand in Lettland ein Referendum statt, mit dem die Anforderung einer Sprachprüfung bei der Vergabe der Staatsbürgerschaft entschieden wurde – nicht überraschend hat die Bevölkerung mit einer Mehrheit von 53% für die Notwendigkeit von Sprachtests gestimmt.²⁴⁷⁸ Zu bedenken ist hierbei, dass ethnische Letten bis zu diesem Zeitpunkt die überwiegende Mehrheit der wahlberechtigten Bevölkerung ausmachten, da bisher lediglich etwas mehr als 4 000 Personen eingebürgert worden waren.²⁴⁷⁹ Die fortdauernde, relativ langsame Einbürgerung (vgl. Tabelle 7) war zusätzlich zu den restriktiven Regelungen der Wahrnehmung vieler Russischsprachler geschuldet, wonach die lettische Gesetzgebung als erniedrigend und ungerecht empfunden wurde.²⁴⁸⁰ Was in Lettland im geringeren Maße als in Estland vorhanden war, war die Anzahl der Staatsbürger Russlands – bis zum Jahr 2000 waren es etwa 60 000 Personen, was etwa 7% der gesamten russischsprachigen Bevölkerung Lettlands ausmachte.²⁴⁸¹ Grund war die unkomplizierte Regelung hinsichtlich des Ausländer-Status, welche die Russischsprachler, anders als in Estland, nicht mit einer langen Wartezeit auf Ausländerpässe blockierte.²⁴⁸² Diese wurde im Jahr 1995 mit dem lettischen Ausländergesetz verabschiedet, das im Gegensatz zum estnischen Pendant den Nicht-Staatsbürgern sofort den Daueraufenthalt genehmigte und die Herausgabe der entsprechenden Ausländerpässe regelte.²⁴⁸³ Damit hatten Staatenlose in Lettland weniger Anreize, die Staatsbürgerschaft Russlands zu beantragen, weil ihnen mit dem gesetzlichen Status als Ausländer im Grunde dieselben Rechte garantiert wurden wie Staatsbürgern Russlands. In Estland mussten Ausländer dagegen längere Zeit mit einem unklaren gesetzlichen Status leben.

²⁴⁷⁴ Die sogenannten „Einbürgerungsfenster“ legten fest, dass die Annahme der Staatsbürgerschaft jedes Jahr nur auf Grundlage bestimmter Kriterien erfolgen konnte. Beispielsweise durften im Jahr 1995 nur diejenigen die Staatsbürgerschaft beantragen, deren Familienmitglieder bereits Staatsbürger waren. In den Jahren 1996 bis 2000 sollten Staatenlose nach Alter eingebürgert werden: Im Jahr 1996 wurden 16 bis 20-Jährige eingebürgert, im Jahr 1997 folglich 20 bis 25-Jährige usw. Diese Regelungen wurden mit einer Änderung im Jahr 1998 für Kinder und Personen über 65 Jahre gelockert bzw. abgeschafft. Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 114; Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 114-115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-140.

²⁴⁷⁵ Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 139-142.

²⁴⁷⁶ Ebd. S. 141.

²⁴⁷⁷ Ebd.

²⁴⁷⁸ Ebd. S. 141-143

²⁴⁷⁹ Ebd.

²⁴⁸⁰ Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 118-119

²⁴⁸¹ Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 141; 146-147.

²⁴⁸² Ebd. S. 147.

²⁴⁸³ Ebd. S. 141.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Tabelle 7. Anzahl der lettischen Staatsbürgerschaften durch Einbürgerung (Jahr – Personenzahl)²⁴⁸⁴

Jahr – Anzahl der eingebürgerten Personen	
1992 – 0	2001 – 10 637
1993 – 0	2002 – 9 844
1994 – 0	2003 – 1 049
1995 – 984	2004 – 16 064
1996 – 3 016	2005 – 19 169
1997 – 2 992	2006 – 16 439
1998 – 4 439	2007 – 6 826
1999 – 12 427	2008 – 3 004
2000 – 14 900	

Als wichtigster Unterschied zur estnischen Gesetzgebung ist in Lettland das Fehlen der Wahlberechtigung für Nicht-Staatsbürger auf kommunaler Ebene zu betrachten.²⁴⁸⁵ Dadurch waren die dortigen Staatenlosen stets politisch marginalisiert, wenn es um die Repräsentation sowohl auf zentralstaatlicher als auch auf kommunaler Ebene ging.

Entgegen des estnischen Gesetzes, wonach Estnisch gleich zur einzigen nationalen Sprache erklärt wurde, hatten die lettische und die russische Sprache in Lettland gemäß dem Gesetz aus dem Jahr 1989 zunächst denselben offiziellen Status.²⁴⁸⁶ Dagegen war das Nachfolgegesetz, welches im Jahr 1999 verabschiedet wurde, mindestens genauso restriktiv, wenn nicht restriktiver, als das estnische, weil es zunächst die Forderung der Lettisch-Kenntnisse sowohl im privaten als auch im öffentlichen Sektor festlegte.²⁴⁸⁷ Durch die Kritik der OSZE und der EU und die Proteste der russischsprachigen Bevölkerung wurden die Regelungen – ebenso wie in Estland im Jahr 2001 – gelockert.²⁴⁸⁸ Durch Regelungen, wonach Lettisch die einzige Arbeitssprache in Ämtern blieb, war die Gesetzgebung allerdings restriktiver als die vergleichbare Gesetzgebung in Estland.²⁴⁸⁹

Im Jahr 1998 wurde beschlossen, dass auch an russischsprachigen Schulen ab 2004 der Großteil des Unterrichts auf Lettisch stattfinden soll.²⁴⁹⁰ Dies sorgte für Missstimmung und Proteste unter der lettischen russischsprachigen Bevölkerung.²⁴⁹¹ Außerdem war in Lettland zum Teil eine öffentliche Rhetorik verbreitet, wonach russischsprachige Schüler in lettischsprachigen Schulen nicht begrüßt würden.²⁴⁹² Dies stellt eine Radikalisierung gegenüber Estland dar, wo solche Gebaren zumindest nicht öffentlich stattfanden.

²⁴⁸⁴ Aus: Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 143.

²⁴⁸⁵ Kolstø, Pål (1995): Russians in the Former Soviet Republics. S. 123-125; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 141-149.

²⁴⁸⁶ Ebd. S. 138.

²⁴⁸⁷ Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 115; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 142.

²⁴⁸⁸ Ebd.

²⁴⁸⁹ Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 116; Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 146-149.

²⁴⁹⁰ Ebd. S. 142.

²⁴⁹¹ Ebd.

²⁴⁹² Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S.119.

9.6 Lettland und Litauen im Vergleich zu Estland

Wie auch in Estland, hat die lettische Regierung im Jahr 1998 das erste offizielle Integrationsprogramm verabschiedet, mit dem auch in Lettland erste Schritte in Richtung eines Paradigmenwechsels im Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung eingeleitet wurden.²⁴⁹³ Das Nachfolgeprogramm wurde im Jahr 2001 auf den Weg gebracht und durch weitere Programme ergänzt.²⁴⁹⁴ Allerdings war der Wortlaut der Programme exklusiver als in Estland, da im lettischen Programm offen von der russischsprachigen Bevölkerung als „Fremde“ die Rede war.²⁴⁹⁵

Die lettische russischsprachige Bevölkerung zeigte durchgehend einen höheren politischen Organisationsgrad als die estnische russischsprachige Bevölkerung und hielt stabil etwa 20% der Sitze im Parlament.²⁴⁹⁶ Dennoch blieb ihr Einfluss auf die lettische Politik gering. Vielmehr ernteten Protestaktionen der Bevölkerung die Aufmerksamkeit der Politik, wofür auch das Referendum des Jahres 2012 zum offiziellen Status der russischen Sprache ein Beispiel darstellt. Dabei wurde seitens der wahlberechtigten Bevölkerung über Verfassungsänderungen abgestimmt, welche Russisch zur zweiten Amtssprache erhoben hätten.²⁴⁹⁷ Mit einer Wahlbeteiligung von 70%, exklusive der Nicht-Staatsbürger, welche zum damaligen Zeitpunkt etwa 14% der gesamten Bevölkerung darstellten, wurden die Änderungen mit 75% der „Nein“-Stimmen abgelehnt.²⁴⁹⁸ Die Wahlbezirke, welche mit „Ja“ gestimmt hatten, befanden sich im Osten bzw. im Südosten des Landes und galten als „überwiegend“ russischsprachig (etwa 30 bis 60% der Bevölkerung waren in diesem Teil des Landes russischsprachig).²⁴⁹⁹

Aus Lettland (Riga) wird der einzige baltische russischsprachige Sender „PBK“ gesendet, was Lettland zu einem wichtigen Lieferanten für russischsprachige Medien im Baltikum macht.²⁵⁰⁰ Dadurch, dass die russischsprachige bzw. russische Bevölkerung in Lettland tiefere und ältere Wurzeln hat als die vergleichbare Gruppe in Estland, sind Letten die russischsprachige Kultur mehr gewohnt.²⁵⁰¹ Beispielsweise sprechen ethnische Letten weitaus mehr und besser Russisch im Alltag als Esten, was die lettischsprachige Jugend, im Gegensatz zur estnischen, mit einschließt.²⁵⁰² Gleichzeitig werden ethnische Letten in radikal-nationalistischen Kreisen dafür kritisiert, dass sie in Gesprächen mit Russen bzw. mit Russischsprachigen häufig ins Russische wechseln – ähnlich

²⁴⁹³ Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 142.

²⁴⁹⁴ Ebd. S. 142.

²⁴⁹⁵ Ebd. S. 148.

²⁴⁹⁶ Ebd. S. 146.

²⁴⁹⁷ Schuller, Konrad: „Gegen Russisch als Staatssprache“ FAZ 19.02.2012. <http://www.faz.net/aktuell/politik/ausland/abstimmung-in-lettland-gegen-russisch-als-staatssprache-11655243.html> (Abgerufen am 15.03.2013).

²⁴⁹⁸ Statistical Office of Latvia: Resident population on march 1, 2011 by citizenship, sex and age group; resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database.

²⁴⁹⁹ Statistical Office of Latvia: Resident population in statistical regions, cities under state jurisdiction and counties by ethnicity; on 1 march 2011. Population Census 2011 – Database. Vgl. auch: Schuller, Konrad: „Gegen Russisch als Staatssprache“.

²⁵⁰⁰ Vgl. hierzu die Ausführungen zur Mediennutzung im Kapitel „Die Rolle der Sprache“. Am 27. September 2015 startete der estnische Sender „ETV +“ ein russischsprachiges Angebot, welches sich allerdings nur auf Estland beschränkte.

²⁵⁰¹ Saarts, Tõnis (2009): Eesti ja läti kodakondsuspoliitika võrdlus taasiseseisvusajal. S. 138.

²⁵⁰² Chinn, Jeff/Kaiser, Robert (1996): Russians as the new minority: ethnicity and nationalism in the Soviet successor states. S. 115.

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

wie Esten, obwohl Letztere schlechtere Russisch-Kenntnisse aufweisen.²⁵⁰³ Auch die russischsprachige Bevölkerung Lettlands hat ihre Bereitschaft, Lettisch zu lernen, wiederholt bekundet, obwohl die Beschwerden über gesetzliche Regelungen zur Sprache auch hier immer wieder für größere Kontroversen sorgen.²⁵⁰⁴ In Lettland scheint die Frage der Nutzung der Sprache sogar eine höhere sozioökonomische Brisanz aufzuweisen, als dies in Estland der Fall ist, da in Lettland auch der private Sektor zum Teil schärferen sprachlichen Regeln und Kontrollen bzw. einer höheren Emotionalität der öffentlichen Diskussion unterworfen ist.²⁵⁰⁵

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass, obwohl die lettische Gesetzgebung in einigen Aspekten strenger ist als die estnische – vor allem angesichts der Einbürgerungsquoten und dem fehlenden Recht zur kommunalen Wahlbeteiligung –, die russischsprachige Bevölkerung Lettlands politisch stets besser organisiert war. Gleichzeitig hatte sie keinen größeren Einfluss auf die Integrationspolitik des wiederhergestellten Staates als die russischsprachige Bevölkerung in Estland. In beiden Ländern waren es die OSZE und die EU, welche die restriktiven und diskriminierenden Gesetze verhindert haben. Die russischsprachige Bevölkerung teilt sich in Lettland, ebenso wie in Estland, in Staatsbürger und Nicht-Staatsbürger auf, wobei Letztere in Lettland politisch aufgrund der fehlenden Wahlberechtigung stärker marginalisiert sind als die estnischen Nicht-Staatsbürger. Insofern kann in Lettland von einer größeren Marginalisierung der russischsprachigen Nicht-Staatsbürger hinsichtlich des Zugangs zu Wahlen und politischen Ämtern ausgegangen werden als in Estland.

Auf allen anderen Ebenen der gesellschaftlichen Integration ist in Lettland eine vergleichbare Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung wie in Estland zu beobachten, wobei die Letten durch ihre Haltung, ebenso wie die Esten, die integrative Segmentierung begünstigen und eine Mehrfachintegration verhindern. Allerdings zeigen die Letten aufgrund ihrer besseren Russisch-Kenntnisse eine höhere, wenngleich implizite, Bereitschaft zur Mehrfachintegration in der kulturellen Dimension, was wiederum durch die immer wieder in die Öffentlichkeit getragene Ablehnung des Russischen relativiert wird. Die strukturelle Dimension zeigt erwartungsgemäß deutliche Parallelen zu Estland, wenn es um den Zugang zum Arbeitsmarkt geht, wobei auch hier vermutlich eine Teilung zwischen einer Segmentierung und einer Mehrfachintegration auf Grundlage der Sprachkenntnisse und des Vorhandenseins der lettischen Staatsbürgerschaft vorhanden ist. Im Bereich der Bildung zeigt sich in Lettland, durch die rigorose Durchsetzung des sprachlichen Überganges russischsprachiger Schulen zu lettisch-

²⁵⁰³ Vgl. zum Beispiel: Delfi.lv: „Латвизыныш: „Латыши переходят на русский из-за рабской мягкотелости““ 03.07.2007 <http://rus.delfi.lv/news/daily/latvia/lagzdynsh-latysh-perehodyat-na-russkij-iz-za-rabskoj-myagkotelosti.d?id=18354423> (Abgerufen am 11.04.2014).

²⁵⁰⁴ Vgl. hierzu: Kolstø, Pål (2000): Political construction sites: nation-building in Russia and the post-soviet states. S. 119.

²⁵⁰⁵ Vgl. zum Beispiel den Aufruf des lettischen Zentrums der Staatssprache im Januar 2015, als Arbeitnehmer dazu aufgerufen wurden, am Arbeitsplatz auch in privaten bzw. in inoffiziellen Gesprächen Lettisch zu verwenden. Dieser Aufruf brachte eine Welle der Empörung der russischsprachigen Bevölkerung Lettlands mit sich. TVNET.lv: „Центр госязыка призывает говорить на рабочих местах на латышском языке“ 19.01.2015 http://rus.tvnet.lv/novosti/obschjestvo/280649-cjentr_gosjazika_prizivajet_govorit_na_rabochih_mjestah_na_latishskom_jazikje (Abgerufen am 20.01.2015) ; Vesti.ru: „Языковое гестапо“: в Латвии запретили прилюдно говорить по-русски.“ 20.01.2015 <http://www.vesti.ru/doc.html?id=2288762> (Abgerufen am 20.01.2015).

sprachigem Unterricht, eine geringere Kooperationsbereitschaft gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung als in Estland. Entsprechend der gesetzlichen Regelungen kann das lettische Bildungssystem, ähnlich wie in Estland, als „teilweise“ segmentiert gelten. Allerdings bedarf es einer umfangreichen Analyse der russischsprachigen Schulen und Schüler in Lettland, um einen tiefergehenden Vergleich zu Estland zu liefern.

In den sozialen und der identifikativen Dimensionen zeigen sich große Parallelen zwischen Estland und Lettland, obwohl auch hier ein tiefergehender Vergleich einer umfangreichen Analyse bedarf. Hinsichtlich der zivilgesellschaftlichen Beteiligung zeigte die russischsprachige Bevölkerung in Lettland stets einen höheren Organisationsgrad, wodurch zahlreiche Protestaktionen (zum Beispiel zum Thema der russischsprachigen Schulen oder zum Status der russischen Sprache) auf den Weg gebracht wurden. Die grundsätzliche identifikative Bindung zu Lettland kann mit der in Estland gleichgesetzt werden, wobei die tieferen Wurzeln der lettischen Russen eine größere identifikative Bindung vermuten lassen. Grundsätzlich zeigen sich Letten, ähnlich wie Esten, gegenüber der russischsprachigen Bevölkerung als einem integrativen Teils der lettischen Gesellschaft aber eher reserviert. Daher kann die russischsprachige Bevölkerung in Lettland in diesen Dimensionen, ähnlich wie in Estland, als „teilweise“ segmentiert mit einer Bewegung in Richtung Mehrfachintegration gelten.

Litauen zeigt als einziges Land unter den baltischen Staaten eine positive Integration der russischsprachigen Bevölkerung, was auch mit einem ursprünglich kleineren Anteil dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung zusammenhängt. Dennoch kann in Litauen ein positiver Effekt einer ethnisch inklusiven Politik festgestellt werden.

In allen baltischen Staaten kann zudem eine „baltisch-russische“ Identität verzeichnet werden, was durchaus auf eine Mehrfachintegration der russischsprachigen Bevölkerung in der identifikativen Dimension schließen lässt.

9.7 Schlussfolgerungen und Ausblick

Estland und die Ukraine sind auf den ersten Blick zwei vollkommen unterschiedliche Beispiele für Länder im postsowjetischen Raum, in denen die russischsprachige Bevölkerung eine bestimmte Rolle im Prozess der Transformation von einem autokratischen zu einem demokratischen System eingenommen hat. Dennoch sind bei genauerer Betrachtung auch Gemeinsamkeiten zu erkennen. Wie nachhaltig die russischsprachige Bevölkerung in das jeweilige Land integriert wurde und wie die Länder künftig mit dieser Bevölkerungsgruppe umgegangen sind und umgehen, ist entscheidend für die künftige innen- und außenpolitische Entwicklung der Länder und für die Position der Russischsprachler im gesamten postsowjetischen Raum.

Die russischsprachige Bevölkerung kann im Allgemeinen zwar nicht als eine homogene Einheit betrachtet werden, jedoch weist sie aufgrund ihrer Russischsprachigkeit und ihrer historischen Position eine gegenseitige Verbundenheit auf. Diese lässt Russischsprachler bzw. ethnische Russen im postsowjetischen Raum zu einer Quasi-Einheit werden, welche sich im Falle interner oder externer Schocks oder Schlüsselereignisse

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

unter Umständen untereinander vereinen kann. Dies kann vor allem dann der Fall sein, wenn die Schlüsselereignisse mit grundsätzlichen Fragen rund um die russischsprachige Bevölkerung in den jeweiligen Ländern verbunden sind. Als ein solcher interner Schock können beispielsweise die Ereignisse rund um den „Bronze-Soldat“ in Estland aus dem Jahr 2007 betrachtet werden. Auslöser der Unruhen war ein Symbol aus der Sowjetzeit, welches für die estnische Titularnation, anders als für die russischsprachige Bevölkerung, mit negativen Erinnerungen verbunden war. Zusätzlich entlud sich in den Unruhen die angestaute Unzufriedenheit der russischsprachigen Bevölkerung mit der estnischen Regierungstätigkeit seit Anfang der 1990er Jahre. Nach den Unruhen wurde seitens der estnischen Regierung ein erneuter Paradigmenwechsel in Richtung einer inklusiven Integrationspolitik, bzw. einer gezielten Beschäftigung mit den Integrationsproblemen der russischsprachigen Bevölkerung eingeleitet, was als positives Ergebnis zu werten ist.

Die Ukraine-Krise im Jahr 2014 kann als ein Extremfall einer gesellschaftlichen Segmentierung der russischsprachigen Bevölkerung gelten, welchem sowohl ein interner (Majdan-Proteste Ende 2013 und Anfang 2014) als auch ein externer (die Krim-Übernahme durch Russland) Schock vorausging. Hierbei war eine Veränderung des gesellschaftlichen und politischen Status der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine zu beobachten, wobei diese Wahrnehmung durch die Krisen-Rhetorik seitens der Russischen Föderation verstärkt wurde. Allgemein darf der Einfluss internationaler Akteure auf die genannten Beispiele aus dem Baltikum bzw. Estland und der Ukraine und die dort lebende russischsprachige Bevölkerung nicht vernachlässigt werden. Während der Anfangsjahre der demokratischen Konsolidierung in Estland hat sowohl der Hohe Kommissar für Minderheitenfragen der OSZE als auch die Europäische Kommission scharfe Kritik an den gesetzlichen Bestimmungen zur Staatsbürgerschaft und zu Ausländern geäußert. Dasselbe gilt im Übrigen auch für die vergleichbare Gesetzgebung in Lettland. Um die EU-Beitrittsverhandlungen nicht zu beeinträchtigen, wurden die umstrittensten Klauseln der entsprechenden Gesetze sowohl in Estland als auch in Lettland geändert. In der Ukraine führten die engen Beziehungen zu Russland dazu, dass der „Bruderstaat“ Russland stets größeren Einfluss auf die Position und den Umgang mit der russischsprachigen Bevölkerung genommen hat als internationale Organisationen. Dies zeigte sich auch während der Krise des Jahres 2014.

Dennoch sollte die russischsprachige Bevölkerung von titularen Nationen im postsowjetischen Raum nicht lediglich als Störfaktor der demokratischen bzw. der „eigenen“ ethnisch-nationalen Entwicklung wahrgenommen werden. Eine solche Wahrnehmung kann, wie die angebrachten Beispiele zeigen, in Extremfällen zu einer gesellschaftlichen Segmentierung führen. Schließlich zeigen sowohl die Beispiele Estlands, Lettlands und Litauens als auch die Entwicklung der Ukraine vor der Krise im Jahr 2014, dass die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum in der Lage ist, sich an gesellschaftliche und politische Veränderungen in den jeweiligen Ländern anzupassen. Eine vollständige Assimilierung der russischsprachigen Bevölkerung auf allen gesellschaftlichen Ebenen in den Ländern des postsowjetischen Raumes ist jedoch nicht zu erwarten und sollte daher nicht das vorrangige Ziel der Integrationspolitik sein. Dies schließt jedoch nicht aus, dass sich die russischsprachige Bevölkerung, wenn sie sich mit

dem Land, in dem sie wohnt, identifiziert, diesem gegenüber loyal verhält. Das Verständnis der estnischen Integrationspolitik, wonach die Staatsbürgerschaft als „Krönung“ einer erfolgreichen Integration betrachtet wird, ist angesichts der demographischen Lage Anfang der 1990er Jahre zwar verständlich, erzeugte aber bei vielen Russischsprachlern eine Abwertung in der Wahrnehmung des unabhängigen estnischen Staates. Dasselbe gilt auch für Lettland, jedoch nicht für Litauen. Eine derartige „Krönungsstrategie“ kann demnach nur funktionieren, wenn auch die Minderheit – wie die russischsprachigen Staatsbürger in Estland – als vollwertige Mitglieder der Mehrheits- oder in dem Fall der estnischen Gesellschaft, akzeptiert werden, nachdem sie die Voraussetzungen für die Staatsbürgerschaft erfüllt haben. Um eine identifikative Verbundenheit der russischsprachigen – oder jeder anderen ethnisch-nationalen – Minderheit zu erzeugen, muss demnach eine Integration auf allen gesellschaftlichen und politischen Ebenen erfolgen, welche weder durch eine abweisende Haltung noch durch nachträgliche Versuche seitens der Titularnation, die Position der Minderheit zu schwächen, gestört werden darf. Auch wenn eine Integrationspolitik, ob offiziell oder inoffiziell, auf einem „Primat der Sprache“ basiert, so darf von der russischsprachigen Bevölkerung – oder jeder anderen Minderheit – nicht erwartet werden, dass sie ihre Russischsprachigkeit – oder ihre eigene Sprache und Kultur – aufgibt. Was titulare Gesellschaften jedoch erwarten dürfen und mit der Integrationsstrategie anstreben müssen, ist die Bereitschaft der russischsprachigen Bevölkerung – oder jeder anderen Minderheit – sich den Besonderheiten der Aufnahmegesellschaft anzupassen. Eine erfolgreiche Koexistenz der Titularnation mit einer Minderheit, ob russisch- oder anderssprachig, kann somit nur mithilfe gegenseitiger Akzeptanz erfolgen, was im Übrigen für alle multinationalen Gesellschaften gilt.

Die vorliegende Analyse soll verdeutlichen, welche Rolle die russischsprachige Bevölkerung in der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung der Länder im postsowjetischen Raum gespielt hat. Zweifelsfrei konnte der Übergang von einer Titularnation zu einer Minderheit weder an der russischsprachigen Bevölkerung noch an der jeweiligen Gesellschaft vorübergehen. Wie die Analyse gezeigt hat, hängt die Position der russischsprachigen Bevölkerung im Wesentlichen von ihrer Rolle im Prozess der Demokratisierung ab, wobei sich die Position im Verlauf der Konsolidierung verändern kann: In Estland hat sich die schwache politische Position der russischsprachigen Bevölkerung bis heute gehalten, während die starke politische Stellung der russischsprachigen Bevölkerung in der Ukraine durch die Krise des Jahres 2014 wesentlich geschwächt wurde. Im sogenannten Ukraine-Konflikt liegt auch die Aktualität bezüglich der Rolle der russischsprachigen Bevölkerung im politischen Prozess der Ukraine bzw. des gesamten postsowjetischen Raumes verborgen. Je nach Ausgang des bewaffneten Konflikts im Donbass, dem künftigen Verhalten seitens der Russischen Föderation und der innen- sowie außenpolitischen Positionierung der ukrainischen Führung stellt sich demnach die folgende Frage: Für welche Seite wird sich die russischsprachige Bevölkerung im postsowjetischen Raum entscheiden, falls es zu einem offenen Konflikt zwischen Russland und dem Westen, inklusive der Länder der ehemaligen Sowjetunion, kommen sollte?

9. Zusammenfassung der Ergebnisse

Um eine Antwort auf diese Frage zu finden, muss die identifikative Verbundenheit der russischsprachigen Bevölkerung mit dem jeweiligen Wohnland mit der identifikativen Verpflichtung gegenüber der „historischen“ Heimat Russland (bzw. in einigen Fällen auch Sowjetunion) verglichen werden. Hierfür ist die gesellschaftliche und politische Integration von Bedeutung, welche im Falle einer extremen Marginalisierung bzw. einer vollständigen Assimilation die Loyalität der russischsprachigen Bevölkerung entscheidend verschieben kann. Die Zwischenformen der Segmentierung bzw. der Mehrfachintegration können anhand der Beispiele Estland und Ukraine beobachtet werden. Obwohl die russischsprachige Bevölkerung in Estland (wie auch in Lettland) nach wie vor einer Segmentierung unterworfen ist, scheint sie sich an ihre Stellung als „andere“ (in Abgrenzung zum „wir“ der Titularnation) gewöhnt zu haben. Das scheint ihre Bestrebung in Richtung einer Mehrfachintegration immer weniger zu stören, welche allerdings durch die abweisende Haltung der Titularnation zum Teil unterbunden wird. Ohne diese Einschränkung scheint der Weg in Richtung einer Mehrfachintegration auf allen Ebenen – auch der identikativen – offen, was auch die Loyalität gegenüber dem Wohnland stärken wird. Unter den Bedingungen einer erfolgreichen Mehrfachintegration in allen Dimensionen, bis hin zur identikativen, würde sich die baltische russischsprachige Bevölkerung im Falle eines Konfliktes auf die Seite der aktuellen, und nicht der „historischen“, Heimat schlagen.

In der Ukraine wiederum, in der in allen gesellschaftlichen Dimensionen eine deutliche Mehrfachintegration zu beobachten war, konnte im Zuge der Krise 2014 eine Situation festgestellt werden, in der sich ein Teil der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine gegen das Wohnland gewendet hat. Verantwortlich hierfür ist eine Verschiebung der Machtverhältnisse: Im Zuge der Majdan-Proteste hat die russischsprachige Bevölkerung massiv an politischem Einfluss verloren.²⁵⁰⁶ Dadurch haben Gegenden, welche sich durch ihre Russischsprachigkeit identifizierten – wie die Krim und der Donbass – gegen die neue, in ihrer Wahrnehmung „anti-russische“ Führung aufgebeht. Die Ereignisse des Jahres 2014 sind also nicht unerwartet zustande gekommen, sondern wurden durch die zunehmende Wahrnehmung der ukrainisch- und der russischsprachigen Bevölkerung als „wir“ und „andere“ auf ethnisch-nationaler Basis ausgelöst. Für die Ukraine gilt es demnach, künftig eine Balance zwischen den geolinguistischen, ethnisch-nationalen, sozioökonomischen und geopolitischen Unterschieden innerhalb ihrer Bevölkerung zu finden, um weitere Konflikte zu vermeiden und eine einheitliche Gesellschaft aufzubauen, welche im Grunde bereits vorhanden war und spätestens durch die Ereignisse des Jahres 2014 verloren ging.

²⁵⁰⁶ Vgl. hierzu die Ausführungen im Kapitel „Systemwechsel und Konsolidierung [...] in der Ukraine“ und „Die „Ukraine-Krise“ und die Rolle der russischsprachigen Bevölkerung“.